

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:

2. Schellensberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus“.
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich

mit einer täglichen

7 Ausgaben

Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:

Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Herausgeber: Schellensberg & Co., 18631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Für eine Bezugszeit von 2 Wochen 80 M.-Pfg., für einen Monat 1.70 M.-Pfg., für 3 Monate 4.80 M.-Pfg., für 6 Monate 8.80 M.-Pfg., für ein Jahr 16.80 M.-Pfg. (zuzüglich 42 M.-Pfg. Postgebühren). — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Postträger keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Telegraphische Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastaus.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Nr. 227.

Samstag, 20. August 1932.

80. Jahrgang.

Pariser Pressefeldzug gegen Deutschland.

Entrüstung auf Befehl Herriots. — Gegen die Gleichberechtigung.
Alte juristische Ladenhüter.

Fabry „enthüllt“.

as. Berlin, 20. Aug. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Das Interview, das Reichskanzler von Papen vor wenigen Tagen dem Berliner Vertreter des Reutersbüros gab, und in dem die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung unterstrichen, sowie die Kolonialfrage angeschnitten wurde, hat in Frankreich anfangs nicht allzu viel Beachtung gefunden. Jetzt plötzlich wendet sich die französische Presse ziemlich einheitlich gegen die Äußerungen des Kanzlers.

Da das nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Herriot nach Paris geschieht, kann man wohl den Schluss ziehen, daß diese Artikel auf eine Beeinflussung der Blätter durch hohe amtliche Stellen zurückzuführen sind.

Man betont in Paris, daß die Kette der deutschen Forderungen nicht dazu angetan sei, das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu bessern. Nach der Rheinlandräumung habe Deutschland die Streichung der Reparationen gefordert. Nach der Konferenz von Lausanne verlange es Rüstungsgleichheit und wenn man dies erreicht habe, werde man, wie der Kanzler bereits ankündigt, die Kolonialfrage in den Vordergrund stellen. Dann brauche Deutschland nur noch territoriale Revision des Versailler Vertrages zu fordern und das ganze Werk werde damit aus der Welt geschafft. Gegen solche Möglichkeiten wenden sich die Pariser Blätter und besonders tut das der „Temps“ mit allen juristischen Schärfeigenschaften.

Man begegnet uralten Ladenhütern, die von deutscher Seite schon ungeheuer oft widerlegt wurden.

Zu gehört beispielsweise die Erklärung des „Temps“, Deutschland könne gar nicht die Gleichberechtigung auf der Abrüstungskonferenz fordern, denn es sei entwaffnet durch einen Vertrag, dessen militärische Klauseln durch die Entschliebung einer allgemeinen Konferenz nicht abgeschafft werden könnten. Auch gegen die kolonialen Forderungen werden seltsame Behauptungen aufgestellt. Der „Temps“ ist nämlich der Ansicht, daß gar nicht der Völkerbund die Kolonialmandate verteilt habe, son-

dern daß das durch ein direktes Abkommen unter den Mächten geschehen sei. Die Mandate beständen auf Grund von Entscheidungen von unzweideutigem politischen Charakter und es liege nicht in der Macht des Genfer Völkerbundes, sie zu ändern.

Die deutsche Regierung wird solche Darstellungen mit aller Energie zurückweisen müssen. Sie hat das ganze deutsche Volk hinter sich, wenn sie immer wieder die Forderung auf Gleichberechtigung Deutschlands erhebt.

Um die Rüstungsgleichheit nun noch zu fördern, kündigt das Havasbüro erneut deutsche Schritte in London und Paris an, bei denen es sich um den Umbau der Reichswehr handeln soll. Nun ist ja schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Regierung selbstverständlich auch während der Genfer Verhandlungspause daran arbeitet, die Frage des Rüstungsausgleiches auf diplomatischem Wege zu klären, daß aber von ganz besonderen diplomatischen Schritten im gegenwärtigen Augenblick nicht gesprochen werden kann. Diese Darstellung trifft auch heute noch zu.

Es paßt im übrigen in das Gesamtbild, wenn der Abrüstungsdelegierte der Regierung Tardieu, der Ober Fabry, jetzt ankündigt, daß er das lange geheimgehaltene Attestat über die deutschen Geheimrüstungen und systematischen Versuche gegen den Versailler Vertrag aufschlagen werde.

Er, so erklärt Oberst Fabry in einem Pariser Blatt, werde bei der nächsten Gelegenheit in der Kammer beweisen, daß Deutschland widerrechtlich den großen Generalstab wieder hergestellt habe, daß es eine höhere Zahl Soldaten in der Reichswehr ausgebildet habe, als der Versailler Vertrag erlaube, daß die Bewaffnung der Reichswehr willkürlich geändert, und daß die Fabriktion verbotener Waffen wieder aufgenommen worden sei. Das sind alles Behauptungen, die längst widerlegt wurden. Die Regierung Tardieu hat denn auch offenbar zu diesem Attestat selbst kein Vertrauen gehabt, da sie auf die Veröffentlichung verzichtete. Wenn jetzt Oberst Fabry einen Vorstoß in dieser Richtung unternehmen will, so wird dieser Vorstoß leicht zurückzuweisen sein. Er charakterisiert lediglich die Gesamteinstellung der französischen Öffentlichkeit.

Bundeskanzler a. D. Schöber †.

Einem Herzschlag erliegen.

Wien, 19. Aug. Der ehemalige Bundeskanzler und Polizeipräsident Dr. Schöber ist heute um 22 Uhr gestorben.

Dr. Schöber fühlte sich in der letzten Zeit wohl. Zeitweise war sein Zustand so gut, daß ihm die Ärzte gestatten konnten,



den Garten zu gehen. Auch am Freitag war sein Befinden im Verhältnis entsprechend günstig. Das Ende kam ein Blitz aus heiterem Himmel. Dr. Schöber war im Bett, fühlte sich im allgemeinen aber wohl und beschäftigte sich mit seiner Frau. Nach 1/2 9 Uhr besuchte ihn der Chefarzt des Sanatoriums und Dr. Schöber plauderte mit ihm. Er klagte nur über Magenschmerzen. Plötzlich kam er einen Brechreiz. Der Arzt hielt ihm den Kopf, doch Dr. Schöber zusammen und verschied fast im selben Augenblick. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Krankheit Schöbers bestand in einer chronischen Herzmuskeleutartung. Die Nachricht von seinem Tode verbreitete sich in Wien wie ein Lauffeuer und rief überall tiefe Teilnahme hervor.

Schöber wurde 1874 in Perg geboren. Im Juni 1918 wurde er Polizeipräsident von Wien. Schöber hat die

Wiener Polizei in der Nachkriegszeit vollkommen reorganisiert. Die erste Kanzlerschaft dauerte von Juni 1921 bis Mai 1922, die zweite von Sept. 1929 bis September 1931. Unter der Kanzlerschaft Schöbers wurden die Verfassungsreform und das Haager Abkommen durchgesetzt. Unter seiner Kanzlerschaft wurde Österreich von den Reparationen befreit und wurde die Auflegung der internationalen Bundesanleihe 1930 durchgeführt.

Von Dezember 1930 bis Januar 1932 war Schöber österreichischer Außenminister. Dr. Schöber galt als erste Autorität auf dem Gebiete des Polizeiwesens. Er war Ehren doktor der Universitäten Graz und Wien. Schöber trat 1913 als Mitglied der Großdeutschen Partei und Abgeordneter des Nationalrats ins politische Leben ein.

Sitzung des Reichskabinetts.

Die Globalabstimmung am Etat.

Berlin, 19. Aug. Die Sitzung des Reichskabinetts dauerte heute abend zwei Stunden. Im wesentlichen handelte es sich darum, die Frage der vom Kabinett seit längerer Zeit beabsichtigten Globalabstimmung am Etat zu erledigen, und zwar sollen diese Kürzungen 110 Millionen Mark betragen. Über 75 Millionen davon war schon früher eine Verdrängung erzielt worden, über die Frage, wie die Kürzung der restlichen 35 Millionen auf die einzelnen Ressorts zu verteilen ist, wurden heute abend vom Kabinett Beschlüsse gefaßt. Außerdem hat das Kabinett eine Reihe wirtschaftlicher Einzelmahnahmen beraten und sich schließlich auch mit der Arbeitsbeschaffung befaßt. Im Anschluß an die Kabinettsitzung begannen die Besprechungen des Reichskanzlers, des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther. Hierbei dreht es sich bekanntlich um die Frage der technischen Durchführung der Finanzierungsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Der österreichische Bundesrat lehnt das Lausanner Protokoll ab.

Wien, 19. Aug. Der Bundesrat erhob mit 27 Stimmen der Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Großdeutschen und des Heimatsbundes gegen 22 Stimmen der Christlichsozialen und des Landbundes Einspruch gegen das Lausanner Protokoll. Es muß nunmehr an den Nationalrat zurückgehen.

Blick in die Welt.

Mit einer Stimme Mehrheit.

Der österreichische Nationalrat hat mit einer Stimme Mehrheit die Gesetzesvorlage der Regierung Dollfuß genehmigt, durch die das Lausanner Protokoll von Österreich angenommen wird. Bis in die letzte Stunde war das Abstimmungsergebnis zweifelhaft, alle Fraktionen hatten ihre Mitglieder zur Stelle, selbst erkrankte Abgeordnete wurden in Sanitätsautos zur Abstimmung gefahren, und die Staatsbahn setzte einen Sonderzug ein, um eine Gruppe von Parlamentariern aus Tirol und Vorarlberg, deren Zug durch Unwetter Schäden aufgeworfen war, auf Umwegen noch rechtzeitig nach Wien zu befördern. Mit 81:80 Stimmen erfolgte nach kurzer abschließender Debatte dann die Annahme des Lausanner Protokolls. Das Schicksal der Vorlage ist allerdings damit noch nicht abschließend gesichert, denn, wie erwartet, hat der Bundesrat Einspruch erhoben, und dadurch wird eine Rückverweisung an den Nationalrat und eine nochmalige Abstimmung erforderlich werden. Das knappe Ergebnis der Abstimmung zeigt deutlich, mit welcher schweren Bedenken sich die österreichische Politik der Verpflichtung unterzieht, die in dem Lausanner Protokoll enthalten ist, und auf wie geringe Gegenliebe die Bedingungen der Anleihe stoßen, die nun für Österreich gesichert werden soll. In der abschließenden Aussprache ist von einem Vertreter des Landbundes ausdrücklich klargestellt worden, die parlamentarischen Kreise, die die Regierung Dollfuß halten wollen, erwarteten von ihr unbedingt, daß sie auf keinen Fall die Ratifikationsurkunde über das Lausanner Abkommen beim Völkerbund hinterlege, bevor nicht klargestellt sei, ob es Österreich freigestellt sein soll, die Anleihe auch bereits nach zehn Jahren zurückzahlen und sich schon zu diesem Zeitpunkt der neuen Einschränkungen seiner wirtschaftlichen und politischen Bewegungsfreiheit zu entziehen. Die Regierung wird alles daran setzen müssen, gegenüber der ursprünglichen Bestimmung des Lausanner Protokolls, die Österreich noch auf zehn Jahre länger binden wollte, diese Rückkehr zu der Laufzeit des Genfer Protokolls zu erreichen.

Amerika und der Ferne Osten.

In der Außenpolitik hält die sommerliche Stille an. Die führenden Staatsmänner der großen Länder befinden sich zum größten Teil auf Urlaub und so wird denn die politische Ruhepause nur verhältnismäßig selten durch Reden oder Rundgebungen unterbrochen. Anders allerdings liegen die Dinge in den Vereinigten Staaten, wo man sich nachdrücklich auf die Präsidentenwahl vorbereitet. Man muß die amerikanischen Äußerungen dieser Zeit denn auch immer unter dem Gesichtswinkel der bevorstehenden Wahl betrachten und darf sich aus diesem Grunde nicht zu Überschätzungen gewisser Äußerungen maßgebender amerikanischer Politiker verleiten lassen. Daher ist es auch zu verstehen, wenn hohe Beamte des amerikanischen Finanzministeriums dieser Tage erklärten, Amerika erwarte, alle Schuldnerländer würden die am 15. Dezember fällige Schuldentrate an die Vereinigten Staaten bezahlen. An sich war auch diese Äußerung nicht so schroff, wie sie zuerst schien, denn es wurden sofort Einschränkungen gemacht. So wurde erklärt, Amerika werde jeden Stundungsantrag individuell prüfen. Scheinbar hat diese Äußerung wohl in erster Linie den Zweck, die Schuldenfrage aus dem Wahlkampf herauszuhalten.

Bedenkenswertes als solche Äußerungen dürften denn auch wohl die mancherlei Redungen sein, die aus Amerika kommen, und die auf eine Besserung des amerikanisch-russischen Verhältnisses hindeuten. Spricht man doch sogar schon davon, daß die Vereinigten Staaten in absehbarer Zeit nunmehr die Sowjetunion anerkennen würden. Wenn das vielleicht auch noch über das Ziel hinauschießt, so ist doch zweifellos gegenüber Russland ein gewisser Stimmungsumschwung in Amerika festzustellen und es wäre wohl denkbar, daß nach den Wahlen die Konsequenzen gezogen werden. Zweierlei Überlegungen dürften dabei wohl für die Amerikaner maßgebend sein. Einmal erscheint ihnen angebracht, der Wirtschaftslage ein Ausbau ihrer Handelsbeziehungen zu Russland sicherlich wünschenswert, wenngleich die Amerikaner im Kampf um den russischen Markt schon jetzt, also ohne diplomatische Anerkennung der Sowjetunion, nicht schlecht abgeschnitten haben. Zum andern dürfte ein Hinweis auf den Fernen Osten geeignet sein, die Motive der amerikanischen Politik zu klären. Die Amerikaner wollen unter allen Umständen Japan zur Anerkennung des Prinzips der offenen Tür in China und in der Mandschurei zwingen, die Reden Stimson und Hoovers ließen ja in dieser Hinsicht nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Daher ist es naheliegend, daß Amerika eine enge Fühlungnahme mit dem Lande sucht, das sich gleichfalls dem japanischen Vorgehen in China entgegenstemmt.

Im Augenblick könnte man allerdings von einer gewissen Annäherung zwischen Japan und Rußland sprechen. Zwischen beiden Ländern ist ein Fiskalverabkommen, das sich auf die Gewässer des Fernen Ostens bezieht, abgeschlossen worden. Wenn man weiß, zu wieviel Auseinandersetzungen zwischen Rußland und Japan diese Frage geführt hat, weil immer wieder Reibereien über die Fischerei entstanden, wird man den Wert des Abkommens nicht gering einschätzen. In Japan dürfte die neue Regelung gewissen industriellen Kreisen auch die Möglichkeit nehmen, mit dem Argument der Fischereischwierigkeiten Stimmung für eine kriegerische Auseinandersetzung mit Rußland zu machen.

Englische Sorgen.

Den englischen Staatsmännern wird in diesem Jahre keine wirkliche sommerliche Ruhepause gegönnt. Die Verhandlungen der Weltreichskonferenz in Ottawa haben sich schwieriger gestaltet, als man zunächst annahm, jedoch sich auch der Schluß der Konferenz etwas verzögerte. Die einmonatigen Verhandlungen haben kein wirklich großes Ergebnis gezeitigt. Die englische Presse ist daher schon im Recht, wenn sie feststellt, die Konferenz habe sehr bald die großen Gesichtspunkte aufgegeben und sich in ein feilisches um Zoll- und Einfuhrkonfessionen verloren. Rechtzeitig bereiten denn auch die „Times“ darauf vor, daß es bei dieser Konferenz gar nicht so sehr auf ein praktisches Ergebnis ankomme, als vielmehr auf die allgemeine Anerkennung des Arbeitsgemeinschaftsprinzips innerhalb des englischen Weltreiches. Wieweit die einzelnen Abkommen tatsächlich geeignet sind, den Empirehandel zu fördern, muß die Praxis zeigen.

Mit einiger Sorge blickt man in England wieder auf Indien, zumal die Verfassungsreform für Indien gar nicht vom Fleck kommt. Die englische Regierung hat sich deshalb veranlaßt gesehen, selbst eingzugreifen und das Hindernis aus dem Weg zu räumen, über das die Konferenz am Runden Tisch nicht hinwegkam. Bekanntlich konnten sich die indischen Gemeinschaften nicht darüber einigen, wieviel Parlamentskräfte ihnen zufallen sollten. Nunmehr hat die englische Regierung selbst eine Mandatstabelle für die indischen Provinzparlamente ausgearbeitet, aus der sich ergibt, wieviel Sitze die Hindus, wieviel die Mohammedaner und wieviel Delegierte die unterdrückte Klasse haben wird. Auf sehr viel Gegenliebe scheint dieser Plan in Indien allerdings nicht zu stoßen. Was ja nicht weiter Wunder nehmen kann, wenn man sich der Auseinandersetzungen über diese Frage zwischen den indischen Delegierten erinnert.

Mehr Freude als an diesen Dingen erleben die Engländer in wirtschaftlicher Hinsicht, nämlich an der Anleihekonzession. Bekanntlich hat sich die englische Regierung entschlossen, die 5prozentige Kriegaanleihe in eine 3prozentige Anleihe umzuwandeln und tatsächlich haben neun Zehntel dieser Umwandlung zugestimmt. Das ist ein Erfolg, auf den England mit Recht stolz sein kann. Durch die Umwandlung der Anleihe wird der englische Staat künftig etwa 350 Millionen Mark jährlich sparen. Allerdings kostet die Umwandlung selbst auch einiges Geld, da den zustimmenden Anleihebesitzern eine Vergütung zugesagt wurde und da auch Provisionen zu zahlen sind. Man wird wohl sagen können, daß die Kosten der Transaktion die Ersparnis des ersten Jahres auffressen, und daß sich der finanzielle Erfolg für den englischen Staat, also erst im Finanzjahr 1934, bemerkbar machen wird.

Danzig-polnische Entspannung?

Die Öffentlichkeit, die so oft Meldungen über polnische Schiffe gegen Danzig zur Kenntnis nehmen mußte, ist überrascht worden durch die Unterzeichnung dreier danzig-polnischer Protokolle, die eine gewisse Entspannung in den Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen bringen sollen. Danzig hat den Polen erhebliche Zugeständnisse für die Benutzung seines Hafens durch polnische Kriegsschiffe gemacht. Polen dagegen hat sich bereit erklärt, energisch auf seinem Gebiet gegen jede Wirtschaftspropaganda vorzugehen, die gegen die Danziger Unternehmen und die aus Danzig kommenden Erzeugnisse gerichtet ist. Der Präsident des Danziger Senats, Dr. Ziem, äußerte sich zu diesen Vereinbarungen dahin, die großen nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Danzig und Polen seien natürlich nicht mit einem Schlage zu beheben, aber der Wirtschaftskrieg, der bisher zwischen Danzig und Polen herrschte, füge beiden Staaten so schweren Schaden zu, daß er bei weiterer Verschärfung den Frieden Europas gefährden könne. Damit sind die Gründe, die Danzig bei der Unterzeichnung der Vereinbarungen leiteten, klar gekennzeichnet. Auch bei diesem Vertrag wird es natürlich darauf ankommen, in welchem Geiste er von Polen durchgeführt wird. Darüber dürfte man sich in Danzig keinen Illusionen hingeben und Senatspräsident Dr. Ziem hat ja auch angekündigt, die Danziger Regierung werde, wenn es nicht gelingen sollte, den Wirtschaftsfrieden zwischen Polen und Danzig wieder herzustellen, das Gesamtproblem der Freien Stadt Danzig vor dem Völkerbund aufrollen! Man kann also die jetzigen Vereinbarungen als einen letzten Versuch zur Verständigung bezeichnen. Sollte er misslingen, so wird sich der Völkerbund eingehend mit den Danziger Verhältnissen beschäftigen müssen, wie das auch schon vor einiger Zeit von den Danziger Wirtschaftsorganisationen gefordert wurde.

Zum Tode des Admirals Zentgraf.

Beileid des Reichspräsidenten.

Berlin, 19. Aug. Der Reichspräsident hat an die Witwe des Admirals Zentgraf nachfolgendes Beileidstelegramm gerichtet: „Schmerzhaft berührt durch die Nachricht von dem so unerwarteten Ableben Ihres Herrn Gemahls, spreche ich Ihnen meine herzlichste Anteilnahme aus. Ich werde dem um die Reichsmarine in Krieg und Frieden hochverdienten Admiral stets ein ehrendes Gedenken bewahren.“

Die Schwarzarbeit.

Schwarzarbeit und Wirtschaftskrise. — Gefährliche Billigkeit.

Ausweiskarte und Strafbestimmungen.

Schwarzarbeit und Wirtschaftskrise, das sind zwei Dinge, eins so unerfreulich wie das andere, die eng zusammenhängen und sich gegenseitig ergänzen. Die Schwarzarbeit ist in dem heutigen Umfange ein Produkt der Wirtschaftskrise. Diese wieder wird verschlimmert durch die Ausbreitung und das Zunehmen der Schwarzarbeit. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle Aufrufe an die Kreise, die für die Auftragerstellung in Frage kommen, bis heute nichts genützt haben. Einzelne Auftraggeber glaubten womöglich noch, ein gutes Werk zu tun, wenn sie Arbeitslosen Beschäftigung verschafften. Aber die Mehrzahl hat wohl eingesehen, wie verhängnisvoll es ist, wenn die Schwarzarbeit immer mehr zunimmt und die reguläre Arbeit des selbständigen und feuerzahlenden Gewerbes zurüdrängt.

Es gibt heute bereits Gebiete der handwerklichen Wirtschaft, auf denen die Schwarzarbeit einen außerordentlich hohen Anteil an der vergebenen Arbeit hat, besonders soweit es sich um Verufe handelt, die ihre Tätigkeit nicht vor den Augen der breiten Öffentlichkeit ausüben. Dies gilt also in erster Linie für Antreiber, Radierer, Schreiner, Tapezierer, die im Innern der Wohnung arbeiten und nicht so leicht als Schwarzarbeiter entdeckt werden können.

Der Schwarzarbeiter ist billiger als der Gewerbetreibende, dessen Tätigkeit er zum Schaden der ganzen deutschen Wirtschaft, zum Unheil des ganzen deutschen Volkes übertragen bekommt von einem Auftraggeber, der sich vielleicht der Folgen seiner Sparjamkeit garnicht in allen Einzelheiten bewußt ist. Der Schwarzarbeiter ist billiger. Das hat seine schlimmen Gründe. Der Schwarzarbeiter tritt als selbständiger Gewerbetreibender auf. Nur ein Unterschied besteht. Aber dieser ist grundlegend und schuld daran, daß die Suche der Schwarzarbeit sich immer mehr ausbreitet hat und die Wirtschaftskrise zu verzweifeln droht.

Der Schwarzarbeiter zahlt weder die je nach Gefährlichkeit der Arbeit steigenden Beiträge zu den Berufs- und Unfallversicherungen (Unfallversicherungen) noch die Beiträge zu den Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherungen. Der Schwarzarbeiter zahlt auch keine Steuern, seien es Einkommen-, Gewerbesteuer oder Umsatzsteuer.

Für seine Arbeiter zahlt er diese Steuern und sozialen Beiträge ebenfalls nicht. Der Schwarzarbeiter und seine Mitarbeiter aber setzen womöglich noch die Arbeitslosen oder

Wohlfahrts-Unterstützung ein. Ist das nicht eine sehr gefährliche Billigkeit? Kommt nicht die Schwarzarbeit der Volkswirtschaft außerordentlich teuer zu stehen?

Zwei Mittel gibt es, um die unheilvollen Auswirkungen der Schwarzarbeit zu verhindern. Beide erfüllen den Zweck, die wirtschaftliche und steuerliche Gerechtigkeit wieder herzustellen. Der eine Weg besteht darin, daß alle Gewerbetreibenden von sämtlichen Steuern und Abgaben, von allen sozialen Beiträgen befreit würden. Dann könnte der Schwarzarbeiter die Preise der selbständigen Gewerbetreibenden nicht mehr unterbieten, diese wären genau so billig — und Staat und soziale Versicherungseinrichtungen erhielten vom gesamten Gewerbe keine Gelder mehr, während zur Zeit nur die Schwarzarbeiter keine Abgaben bezahlen. Aber diesen Weg für ungangbar hält, und das werden zweifellos viele sein, muß aber auch die Forderung ziehen und einleihen, daß etwas geschehen muß. Die Schwarzarbeit läßt sich auf so einfache Weise auf ein Minimum herabmindern, daß man sich wundern muß, warum nicht längst vom Gesetzgeber aus Maßnahmen ergriffen wurden.

Notwendig ist die Einführung einer Ausweiskarte, die von der Gewerbebehörde auszustellen und bei Annahme jeder Arbeit dem Auftraggeber vorzulegen ist, wenn sich nicht beide Teile — Schwarzarbeiter und Auftraggeber, — strafbar machen wollen.

Wenn beim Schmuggel nicht nur der Schmuggler, sondern auch jeder, der ihn nur im geringsten unterstützt, schwer bestraft wird, dann ist es bei der Schwarzarbeit erst recht möglich und erforderlich, den Helfershelfer, nämlich den Auftraggeber, mit zu fassen und zu bestrafen.

Der Gefahr der Schwarzarbeit für Wirtschaft und Volk entsprechend, die sicher größer ist als die des Schmuggels, müßten hohe Strafen auf Übertragungen des Verbotes der Schwarzarbeit gesetzt werden!

Daß die Anmeldung bei der Gewerbebehörde, um die Ausweiskarte zu erhalten, weiter dazu dienen muß, alle in Frage kommenden Stellen (Finanzamt, Krankenkasse, Invalidenversicherung, Berufsgenossenschaft, Arbeits- und Wohlfahrtsamt) zu informieren, sei nur erwähnt. „Verwaltungsarbeit“ macht es keineswegs, wenn jede Woche oder jeden Monat einmal eine Liste der letzten Anmeldungen zur Gewerbebesteuerung in mehreren Durchschlägen angefertigt würde. Die wirtschaftliche und steuerliche Moral würde gewinnen. Der Wirtschaftskrise würde ein ganz gefährlicher Krankheitsteil unwirksam gemacht.

Wie will Papen „noch lange im Amt bleiben?“

Geschäftsführendes Kabinett auf die Dauer der Legislaturperiode?

Berlin, 19. Aug. In dem Interview, das Reichskanzler v. Papen einem Vertreter des englischen Reuterbüros gewährte, hat am meisten die Stelle Beachtung gefunden, in der der Reichskanzler erklärte, sein Kabinett werde noch lange im Amt bleiben. In parlamentarischen Kreisen des neuen Reichstages wird dem Nachrichtenbüro des RDZ. hierzu erklärt, daß an sich kaum ein Zweifel an der Annahme eines Mißtrauensvotums gegen das Kabinett Papen bestehe. Es könne sich dann nämlich ergeben, daß der Reichspräsident es als die Hauptaufgabe des Reichstages erkläre, eine arbeitsfähige Regierung, das heißt, eine solche zu bilden, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen kann. Solange der Reichstag hierzu sich nicht im Stande zeige, habe der Reichspräsident die Möglichkeit, auch bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen das Kabinett v. Papen diese Reichsregierung als Regierung seines Vertrauens mit der geschäftsführenden Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte solange zu betrauen, bis ein Mehrheitskabinett zustande gekommen sei. Sollten die Fraktionen nicht im Stande sein, eine von einer Mehrheit gestützte Regierung zu bilden, dann würde unter Umständen das Kabinett v. Papen während der ganzen Dauer der Legislaturperiode des Reichstages geschäftsführend amtiert können.

Mit Hinweis hierauf hält man es in parlamentarischen Kreisen nicht für wahrscheinlich, daß bei Annahme eines Mißtrauensvotums gegen v. Papen die abermalige Auflösung des eben gewählten Reichstages in Betracht käme. Man argumentiert so, daß nach einer eventuellen Koalitionsverhandlung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen neue Möglichkeiten für die Herbeiführung einer Mehrheitskoalition dem Reich gegeben wären, wozu einstweilen zu bemerken ist, daß der preußische Landtagspräsident Kerp, der am Freitag aus München zurückkam, sich nicht unmittelbar mit dem Zentrum in Verbindung setzte, und auch noch nicht im Stande war, offiziell einen Termin für die nächste Plenarsitzung des Landtages bekannt zu geben. Bisher steht lediglich fest, daß der preußische Fraktionsvorsitzende der NSDAP. noch vor dem 25. August, dem bisher gedachten Termin für die Landtagssitzung, zusammenzutreten solle.

Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Ein Mißtrauensantrag gegen das Kabinett v. Papen.

Berlin, 19. Aug. Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstages trat heute vormittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Der Fraktionsvorsitzende Wels berichtete über die politische Lage. Reichstagsabgeordneter Dr. Herx ergänzte den Bericht und dann wurden die Anträge besprochen, die dem neuen Reichstag vorgelegt werden sollen. Darunter befinden sich auch die Anträge, in denen die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien gefordert, womit der Abbau der hohen Gehälter in denjenigen Betrieben verlangt wird, die vom Staat direkt oder indirekt subventioniert werden.

Wie wir weiter hören, begann der Vorsitzende selbst seine Ausführungen mit einem Rückblick auf den Wahlkampf. Dabei sagte er u. a.: Daß dieser Kampf mit einer bisher nie erhörten Stärke geführt worden sei. „Unsere Parteigenossen haben den Wahlkampf nicht nur mit Einschätzung ihres Lebens geführt; viele von uns

haben ihn auch mit ihrem Leben bezahlen müssen. Die Verrohung des politischen Kampfes hat Formen angenommen, wie sie in der Geschichte Deutschlands und Europas noch nie erlebt wurden. Selbst in der Zeit der Revolution, als wir unter den Auswirkungen des Krieges standen, hatte die Tötung von Menschen nicht im entferntesten den Umfang angenommen, wie das jetzt geschieht. Auch die radikalsten Gruppen der Linken haben niemals daran gedacht, der Verachtung der politischen Meinung Andersdenkender mit Revolution und Bomben Ausdruck zu geben.“ Zu Ehren der im Kampf für die Arbeiterklasse gefallenen Opfer hatten sich die Fraktionsmitglieder von ihren Plätzen erhoben. Der Fraktionsführer habe hierauf an die außerordentlich wertvolle Arbeit der 25 sozialdemokratischen Abgeordneten erinnert, die der neuen Reichstagsfraktion nicht mehr angehörten; an ihre Stelle seien 22 neue Mitglieder getreten, was als Zeichen für die Verjüngungstendenzen zu werten sei.

Zum Schluß wurde beschlossen, sofort einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett v. Papen einzubringen. Ein besonderer anderer Antrag verlangt, daß durch Reichstagsbeschluss sämtliche Notverordnungen aufgehoben werden, die die Regierung v. Papen erlassen hat.

Neue Erklärungen Hitlers.

Die Nationalsozialisten und die Regierung von Papen.

New York, 19. Aug. Die Blätter bringen eine Unterredung des Berliner Chefforrespondenten „Associated Press“ Mr. Louis F. Lochner mit Hitler, die in den bayerischen Bergen stattgefunden hat. Hitler hat sich bei dieser Unterredung zunächst über die Frage einer Teilnahme an der Regierung ausgesprochen. Zur Übernahme der Macht in einer Demokratie gehörten 51 Prozent. Über die verfüge er zwar nicht, aber er verfüge über 37 Prozent. Das wären ungefähr 75 Prozent jener 51 Prozent, die zur Regierungsübernahme erforderlich seien. Ohne die Nationalsozialisten wäre eine legale Regierung in Deutschland nicht länger möglich. Er könne von einer sicheren Position aus die weitere Entwicklung abwarten.

Auf die Bemerkung des Vertreters der „Associated Press“, daß die Regierung von Papen von ihm behauptet, er habe für sich die ganze Macht verlangt, antwortete Hitler, er wolle sie ausüben, und daß er versprochen habe, die gegenwärtige Regierung gerade nach den Reichstagswahlen zu unterstützen, antwortete Hitler, der Hinweis auf Mussolini sei niemals in diesem Zusammenhang gefallen und sei vollkommen falsch wiedergegeben worden. Daß die Nationalsozialisten die ganze Macht niemals verlangt hätten, gebe aus der Tatsache hervor, daß sie das Reichswehrministerium niemals gefordert hätten. Dies ließe gewiß einen großen Machtfaktor in den Händen der Exekutive. Was die Tolerierung der gegenwärtigen Regierung anbetreffe, so habe er lediglich versprochen, die Regierung solange zu unterstützen, als die Nationalsozialisten deren innere und auswärtige Politik würden billigen können. Wenn zum Beispiel in Preußen unsere Regierung ein klares Nein ausgesprochen hätte, selbst auf die Gefahr hin, die Konferenz zu sprengen, hätte unsere Haltung eine andere sein können. Eine Verständigung mit Frankreich sei unmöglich. So lange Frankreich Deutschland behandle, wie es jetzt geschieht, wies er mit einem ungeduldeten Lächeln und einer vornehmenden Geste die Idee des Marsches auf Berlin von sich ab. „Warum soll ich auf Berlin marschieren? Ich bin ja schon dort. Die Frage ist nicht, wer auf Berlin marschieren wird, sondern vielmehr, wer aus Berlin marschieren haben wird. Meine Streitkräfte sind die denkbar bestdiszipliniertesten Truppen, es gibt, und sie werden nicht einen illegalen Versuch.“

Das umstrittene 608. Reichstagsmandat.

Abgeordneter Mollath gewählt.

Berlin, 19. Aug. Aus München ist gemeldet worden, daß das weitere Mandat auf der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei nicht dem Abgeordneten Mollath (BVP.), sondern dem Abg. Gandorfer zufallen würde. Dazu ist festzustellen, daß Abg. Gandorfer, der der Deutschen Bauernpartei (Bayerischer Bauern- und Mittelstandsbund) angehört, überhaupt nicht auf der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei kandidiert hat. Das 608. Reichstagsmandat fällt dem Abg. Mollath zu, der auf Grund des zwischen der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei abgeschlossenen Wahlbündnisses die 6. Stelle auf der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei einnahm. Im übrigen ist Abg. Gandorfer von der Deutschen Bauernpartei ohnehin bereits gewählt worden.

Schwere Erkrankung Alara Jettins.

Wird sie den Reichstag als Alterspräsidentin eröffnen?

Berlin, 19. Aug. Alara Jettin, die die erste Sitzung des Reichstages als Alterspräsidentin eröffnen sollte, ist, wie kommunistische Blätter melden, in ihrem russischen Aufenthaltsort erneut schwer erkrankt. Drei Tage lang konnte sie keine Nahrung zu sich nehmen. Es besteht die Befürchtung, daß sie in nächster Zeit nicht reisefähig sein könnte. Sie selbst habe allerdings ihren Wunsch, die Eröffnung des Reichstages durchzuführen, noch nicht aufgegeben. Nach Meldungen der kommunistischen Presse hoffe sie, sich in der nächsten Woche so zu erholen, daß sie nach Deutschland reisen kann.

Die Mitteilungen des Majors Stephani.

Viel Lärm um nichts.

Berlin, 19. Aug. Major a. D. v. Stephani hat in dem Berliner Organ des Stahlhelms Mitteilungen über einen angeblich geplant gewesenen Aufbruch der Nationalsozialisten veröffentlicht, die heute auch in anderen Berliner Zeitungen veröffentlicht worden sind. Dazu erfahren wir von zuverlässiger Stelle, daß den Behauptungen des Majors v. Stephani von den zuständigen preussischen und Reichsstellen nachgegangen worden ist, ohne daß sich Beweise für die Richtigkeit der Darstellungen von Stephani ergaben.

Von unterrichteter Seite wird davor gewarnt, Meldungen der Nachrichtenstellen der Verbände wie der Nationalsozialisten, des Stahlhelms, des Reichsbanners usw., besondere Glaubwürdigkeit zu geben. Da sich die Verbände feindlich gegenüberstehen, sind die von ihnen ausgehenden Meldungen gewöhnlich von Liebe oder Haß diktiert und derart zu bewerten. In den unruhigen Zeiten vor den Wahlen sind solche Meldungen in Masse in die Öffentlichkeit gegangen, ohne daß sich das geringste der darin behaupteten Dinge als wahr hätte nachweisen lassen. Den konkreten Behauptungen des Majors v. Stephani wird von den preussischen zuständigen Stellen übrigens noch weiter nachgegangen.

Wieder Tränengas gegen Warenhäuser in Wuppertal.

Zwei Geschäfte geschlossen.

Wuppertal, 19. Aug. Verschiedene Wuppertaler Warenhäuser wurden heute nachmittag wieder von unbekannten Personen mit Tränengas heimgesucht. Wie aus den Meldungen an die Polizei hervorgeht, haben die Täter fast zur gleichen Stunde in vier Geschäftshäusern — zwei in Barmen und zwei in Elberfeld — während der Hauptgeschäftszeit mit Gaszylinder geworfen. Nach den Angaben verlief das Publikum fluchtartig die Räume. Zwei Geschäfte mußten geschlossen werden.

Vom Modeteufel.

Eine Plauderei über die Moral der Kleidung.

Von Dr. Friedrich Spreen.

Frau Mode, die sich in der eben übermündeten Epoche der Kleinfrauen-Kleider nicht genügen konnte an Kürze und freizeitlichem Gebaren, beslektigt sich, wenigstens was ihr Wachstum nach unten anbelangt, jetzt großer Sittsamkeit. Entsprang diese plötzliche Selbstbestimmung vielleicht der Furcht, man könne wieder einmal in ihr den greulichen Modeteufel erblicken, gegen den die Moralisten durch die Diktanden gewettert haben und zu einem Zentralangriff gegen sie vorgehen? Denn so lange weibliche Eitelkeit und männlicher Platterbuss immer neue Kühnheiten der Tracht der Männerwelt entfalteten, so lange hat auch der Kampf gegen die Unmoral und die Sittenverderbnisse der Mode bereits gedauert. Es ist stets dasselbe Schauspiel. Wie das ganze Gesellschaftsleben der Menschheit, so befindet sich auch die Kleidung in einer beständigen Entwicklung, die in stetigem Wandel und Wechsel neue Formen hervorbringt. Solange diese Gestaltungen noch im Keime sind, werden sie wenig beachtet; aber wenn sie zu voller Entfaltung gelangt sind, wenn die unermesslichen Abertreibungen und Ausschüßelungen allzu aufdringlich werden, dann beginnen die konservativen Elemente, die sich gerade an die bisherige Kleidungsform gewöhnt hatten, das Neue zu bekämpfen; sie verlangen, daß die Welt und damit auch die Mode da stehen bleibe, wo sie selbst stehen geblieben sind, sie können nun das ganze Modewesen nicht schrecklich und schrecklich genug abmalen und auf einmal erscheint, selbst in unserer aufgeklärten Zeit, der alte Modeteufel von neuem auf der Bildfläche.

Wann und wo ist dieser Dämon zum ersten Male aufgetaucht? Seine Wiege stand nicht im alten Babylon an der Seine, sondern in dem wunderhohen, allen Freunden der deutschen Vergangenheit lieben Rothenburg an der Tauber. Dort erschien im Jahre 1675 ein Büchlein mit dem Titel: „Der a la mode Teufel. Nach der heiligen Hoffahrt in Kleider, Haaren, Schminken, Entblößen und Mannichfaltigkeit und Abscheulichkeit; der Entschuldigungen Nichtigkeit und Abstellung Notwendigkeit vorgelesen von Johanne Ludovico Hartmann, der heiligen Schrift Doctor uvm.“ Das Buch des Doktor Hartmann enthält gar vieles, was uns heute noch gegen die Mode angeht. So sagt er z. B.: „Das Frauenszimmer ist nicht zufrieden mit des Weibes Proportion, wie sie der getreue Gott erschaffen und geordnet, sondern muß wider die natürliche Konstitution angeleitet, gekürzt und gerastet werden.“ Er predigt gegen, „was für wüste, unordentliche, abscheuliche, leichtsinnige Veränderungen der prächtigen Kleidermanier fast alle Jahre sich finden,“ und nachdem er das ganze Sündenregister der Modeteufels aufgezählt hat, kommt er zu der Erklärung, die Modesucht sei eine Abart der Hoffahrt, ein

Kurze Umschau.

Wie verlautet, hat der frühere Reichskanzler Dr. Brüning dieser Tage eine Aussprache mit Reichswehrminister von Schleicher gehabt. Dr. Brüning hat sich im Anschluß an diese Besprechung nach Rom begeben, um dort mit dem Vorsitzenden der Zentrumsparlei, Prälaten Dr. Kaas, wegen der innenpolitischen Entwicklung in Deutschland Fühlung zu nehmen.

Wie die „Tägliche Rundschau“ wissen will, beabsichtigt die Reichsregierung, einen besonderen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung einzusetzen. Der Präsident des Landgemeindetages, Dr. Gereke, soll die meisten Ausichten haben.

Die Kommunisten haben beim Reichspostminister die sofortige Einberufung des Verwaltungsrats der Reichspost verlangt, der sich mit den Abbauplänen der Reichspost, und einem kommunistischen Antrag auf Unterlassung derartiger Abbaumaßnahmen beschäftigen soll.

Die Fuldaer Bischofskonferenz ist am Freitagmorgen mit einer Feier im Dom zu Fulda abgeschlossen worden. Von der Veröffentlichung der einzelnen Programmpunkte wurde Abstand genommen, da nur kirchenrechtliche, liturgische und organisatorische Beschlüsse gefaßt wurden.

Der Ohlauer Aufruhrprozeß.

Urteilsverkündung am Samstag.

Brieg, 19. Aug. Die Beweisaufnahme im Ohlauer Aufruhrprozeß geht nunmehr ihrem Ende entgegen. Heute vormittag wurden in der Hauptsache Entlastungszeugen gehört. Durch drei von ihnen wurde der Angeklagte Fritz Lisse wesentlich entlastet. Sie bekundeten, daß sie mit ihm zusammen am Ring gestanden hätten, und er von einem nationalsozialistischen Motorradfahrer angegriffen worden sei. Günstig stehen die Aussagen ferner für den Angeklagten Meier, von dem bisher Reichswehrangehörige mit Bestimmtheit behaupteten, ihn in Ohlau gesehen zu haben. Zwei Zeugen bekundeten, daß er um jene Zeit in einem Borort von Ohlau gelangt habe. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurden noch einmal neu geladene Entlastungszeugen gehört, die im wesentlichen die bisherigen Schilderungen über den Überfall auf den Trecker und die Schießerei an der Ohlebrücke bekräftigen.

Damit war die Beweisaufnahme erledigt. Auf Antrag der Verteidigung wurde zunächst eine Pause eingelegt, damit die Anwälte sich mit den Angeklagten beraten konnten. Als dann kehrten die Verteidiger den Antrag, drei weitere Entlastungszeugen zu vernehmen. Das Gericht beschloß, diesen Anträgen zu entsprechen und vertagte die Weiterverhandlung auf Samstag früh 9.15 Uhr.

Im Anschluß an die Verhöre der neugeladenen Zeugen werden die Vertreter der Staatsanwaltschaft das Wort nehmen. Die Urteilsverkündung dürfte am Samstag erfolgen.

Die Trauerfeier für die „Niobe“-Toten.

Voraussichtlich Montagnachmittag.

Kiel, 19. Aug. Die Nachrichtenabteilung der Marinestation der Ostsee teilt mit: Nachdem das Boot der „Niobe“ inzwischen etwas weiter geschleppt werden konnte, wurde letzterer Meeresboden vorgeschunden. Es darf jetzt damit gerechnet werden, daß die weiteren Bergungsarbeiten schneller als bisher vor sich gehen, wenn nicht beim Auflichten des Schiffes unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten. Falls die Bergung des Schiffes in der jetzt vorgesehenen Form ohne weitere Zwischenfälle von statten geht, wird voraussichtlich frühestens im Verlaufe des 22. August, also des Montags, nachmittags, eine gemeinsame Trauerfeier für alle Toten der „Niobe“ auf dem Garnisonfriedhof stattfinden.

„morbus animi complicatus“, eine Seelenkrankheit von komplizierter Beschaffenheit, womit er gewiß recht hat.

Freilich war schon lange vor dem Jahre 1675 der Teufel mit der Mode in Verbindung gebracht worden. Die Kirchenpäster erklärten den Kleiderprunk für eine Entfremdung des Teufels, und selbst die alten Griechen und Römer haben böse Dämonen für die Ausartungen der Tracht verantwortlich gemacht. Ums Jahr 1400 erzählte der Ritter de la Tour-Landry in der damals beliebtesten Einleitung eines Traumbuchs zu Ruh und Frommen seiner Töchter von dem Verderben, das alle Anhänger der Modetracht in der Hölle erwartete. Er sieht St. Michael und den Teufel, die sich um den Besitz der armen Seele streiten. Die hermelinverbrämten Kleider lasten schwer in der Wage zugunsten des Bösen. „He, St. Michael“, sagt er, „diese Frau hatte zehn Paar Kleider, und wenn sie sich gottgefällig mit einem Paar begnügt hätte, so hätte sie 50 Arme mit dem Preis einer einzigen Robe kleiden können.“ Dann wirft er alle Kleider und Schmuck in die Wagchale und schleppt die hoffärtige Frau in die Hölle, wo sie in ihren brennenden Kleidern Pein erleidet. Eine andere arme Seele wird vom Teufel mit glühenden Nadeln an den Schläfen, Augenbrauen und Wangen gebrannt. Sie erduldet diese Strafe, weil sie ihre Schläfen rasierte, die Augenbrauen bemalte und die Haare von der Stirn ritz, um schöner zu erscheinen. Im ganzen Gesicht wird sie gestochen, weil sie sich geschminkt und bemalt hat: „keine Sünde mißfällt Gott so sehr.“ Da der Gottseibeiuns die Mode als Mittel der Verführung so sehr liebt, so erwähnt er bald besondere Teufel für besondere Modenarrheiten. Berühmt ist der „Hosenteufel“, der im 16. Jahrhundert den Landsknechten die ungeheuren Huderhosen anmaßte. Gegen ihn schrieb im Jahre 1556 der Generalsuperintendent der Mittelmark und Professor in Frankfurt Dr. Andreas Musculus eine Predigt „Vom zerluderten, Zucht- und Ehrerwegenen plüdrigen Hosenteufel; Vermahnung und Warnung“. Er findet, daß acht schwere Sünden durch das Tragen der Huderhosen begangen würden: 1. wider Scham, Zucht und Ehrbarkeit, 2. wider Gott, seine Schöpfung und Ordnung, 3. wider Willkür und Eid der heiligen Trüffel, 4. wider das Biergebot und Gehorsam der Eltern, 5. wider Gewohnheit und Gebrauch aller Völker, 6. wider die Lehre des heiligen Evangelii, 7. wider das Ebenbild Gottes, 8. wider die Wohlthat teuflicher Nation. Er trägt nicht nur über die „unzüchtigen Teufelsknoten“, sondern daß „die Zeit zu solcher unzüchtiger und unmenlicher Kleidung geraten sind, daß die da wollen für fromme Christen und Gottes Kinder gehalten sein und leben doch in Wahrheit mit solcher Kleidung den unzüchtigen Teufel ähnlicher als Menschen.“ Seitdem hört der Kampf gegen den Modeteufel nicht auf. Im 17. Jahrhundert veröffentlichte ein Geistlicher, der Magister Westphal, ein bißes Werk gegen den „Hosenteufel“, und in einem Buch vom Jahre 1629 wird der Hosenteufel als „des jetzigen weltbeschworpen verachten und verachten al modo Kleiderknecht Altvater“ bezeichnet. Stets ist die

Wiesbadener Nachrichten.

Die Hundstage.

Zunächst noch warm; dann kühler und veränderlich. Das Wetter der nächsten Woche.

Der Ablauf der Witterungsvorgänge während der letzten acht Tage vollzog sich ganz im Sinne unserer Voraussage. Von Gewitterstürmen abgesehen, die sich jedoch nur in begrenzten Teilen Mitteleuropas einstellten, herrschte trodenes, bemerkenswert beständiges Hochdruckwetter mit sehr hohen Temperaturen. Ihren Gipfelpunkt erreichte die Hitzeperiode bereits am vorigen Wochenende, als in Erfurt und Berlin das Thermometer auf 34, in Magdeburg auf 35 Grad Celsius stieg. Auch Montag und Dienstag wurden in ausgedehnten Teilen des Binnenlandes noch einmal 33 bis 34 Grad Wärme erreicht. Der Vorbeigang einer Störungslinie brachte dann in Norddeutschland vorübergehend Trübung und Temperaturrückgang auf Höchstwerte zwischen 23 und 26 Grad, wogegen im Süden und Südwesten auch Mittwoch 30 Grad Wärme erreicht oder überschritten wurden. Die zwischen Montag und Mittwoch zur Entladung gekommenen Gewitter zeichneten sich nur vereinzelt durch starke Niederschläge aus.

Nach wesentlich größerer Hitze herrschte in Süd- und Südosteuropa. In Süditalien wurden schon Mittwochfrüh Temperaturen von 28 bis 30 Grad verzeichnet; an einzelnen Orten, so in Larent, stieg nachmittags das Quecksilber bis auf 40 Grad Celsius, und sogar die Abendtemperaturen betrugen noch 35 Grad. Ungefähr ebenso warm war es im südlichen Dalmatien und in Algier, wo die auch für Nordafrika ungewöhnlich hohe Morgentemperatur von 31 Grad Celsius erreicht wurde. Ein Transport dieser erhöhten Luft nach Mitteleuropa kommt jedoch angesichts der herrschenden Druckverlagerung nicht in Frage.

Der erneute Vorstoß hohen Luftdrucks vom Azorenmaximum nach Mitteleuropa, der auf der Rückseite der oben erwähnten Störungslinie erfolgte, stellte um die Wochenmitte rasch wieder die beständige und hochsommerliche Wetterlage her, zumal diese nur in Nord- und Ostdeutschland ganz vorübergehend unterbrochen war. Der Schwerpunkt des Maximums mit einem Barometerstand von 770 Meter liegt über dem Alpengebiet und ist die Ursache der erneuten Wetterstabilisierung. Trotzdem sprechen nicht zu übersehende Anzeichen dafür, daß die Hitzeperiode ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Denn das Hochdruckgebiet hat sich diesmal nicht vom Azorenmaximum getrennt, sondern hängt in Gestalt eines breiten Sattels mit dem hohen Luftdruck über dem Atlantik noch zusammen, und dort beginnt das Maximum merklich nach Norden bis in die Zone der maritimen Kaltluft auszuweichen. Anlaß dazu gibt ein tiefes Minimum über dem Nordmeer, das möglicherweise über Nordskandinavien südostwärts nach dem Ostseegebiet abzieht. Der Kaltluftstrom auf seiner Rückseite hatte Donnerstag schon die nördliche Ostsee erreicht, und die feuchthülen Luftmassen aus hohen atlantischen Breiten werden sich vermutlich alsbald auch im nord- und ostdeutschen Binnenland durch Bewölkungsunahme und merkliche Abkühlung bemerkbar machen. Es kommt hinzu, daß die mittlere Temperaturkurve mit dem in der kommenden Woche bevorstehenden Ende der Hundstage ihren ziemlich jähen Abstieg vom hochsommerlichen Scheitelpunkt beginnt, eine Erscheinung, die unbedeutend der im Augenblick noch herrschenden Hitze nicht zu übersehen ist. Sie wird sich möglicherweise in der Großwetterlage dadurch zum Ausdruck bringen, daß sich der Hochdruck mit dem südlichen Fortschreiten des erwähnten Nordmeertiefs aus dem Alpengebiet demnächst nordwestwärts auf den Atlantik zurückzieht, jedoch wir in den Bereich einer kühleren Nordwestströmung gelangen, die die Temperaturen beträchtlich herabdrückt und bei wechselnder Bewölkung zu veränderlicher Witterung führt. Der genaue Zeitpunkt dieser Entwicklung ist im Augenblick noch nicht zu erkennen; sie kann unter Umständen aber schon zum Wochenende eintreten und der gegenwärtigen, vielleicht letzten Hitzeperiode dieses Sommers ein Ende machen.

Mode ein Lieblingsthema der Predigten von den Leiden-schaftlichen Ermahnungen Geilers von Kaisersberg an bis zu den Schimpfreden Abraham a Santa Clara, und auch der Papst ist in diesem Kampf gegen die Mode des öfteren hervorgetreten; er erließ schon im Jahre 1480 eine feierliche Bannbulle gegen den spizen Schuh.

Trotz dieser Verfluchung des Modeteufels ist er durch die Jahrhunderte hin prächtig weitergediehen und hat sich sogar zu jener verführerischen Erscheinung der Modegöttin entwickelt, die ihre höllische Natur unter der lodenden Verkleidung verbirgt. Der Modeteufel ist ja das Kind eines tief im Menschen wohnenden Triebes, den Darwin als das „Streben nach Veränderung“ bezeichnet hat. Diese Sucht nach Neuem, aus der aller Fortschritt in der Menschheitsgeschichte geboren wird, sie offenbart sich auch in der Kleidung, die nur ein Teil der Gesamtkultur ist und einen Spiegel der sich stets ändernden Sitten und Gebräuche darstellt. Freilich ist es oft ein Zerrspiegel, in dem sich hier die geschichtlichen und sittlichen Strömungen zeigen, und es sind gerade Zeiten der allgemeinen Verwahrlosung und Voderung der Moral, in denen die tollsten Auswüchse der Mode erscheinen. Aber es ist falsch, einen einzelnen Stand oder gar das eine Geschlecht und einzelne Menschen für die Tollheiten der Kleidung verantwortlich machen zu wollen. Anklagen kann man nur der Gesamtkultur, aus der die Mode geboren wird, und man kann sich damit trösten, daß die am grimmigsten beschiedenen Erscheinungen im Strom der Zeit versinken werden wie unzählige Auswüchse vor ihnen.

Der Kampf, der immer wieder gegen die Mode geführt wird, richtet sich gegen Folgeerscheinungen der Unmoral, die mit der Kleidung eigentlich nichts zu tun hat. Nicht die Mode ist unfittlich, sondern ihre Träger können es sein, und zumeist bekämpft man nur das Neue, das den Verehrern des Alten stets ein Dorn im Auge ist. Aus den zahllosen Predigten gegen den Modeteufel kann man entnehmen, daß dasjenige, was vor ein paar Jahrzehnten mit Entrüstung als Ausgeburt der Hölle verurteilt wurde, später als das Bestehende gerühmt wird gegenüber den Formen, die es verdrängen. Jede Tracht wird, wenn sie erst einmal von allen Teilen der Gesellschaft angenommen wird, ehrbar und moralisch. So lebten sich im 18. Jahrhundert die Geächteten selbst die Allongeperücke auf, die vorher so wütend bekämpft worden war, und gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden die jungen Kandidaten, die es wagten, auf der Kanzel ohne Perücke zu erscheinen, als Opfer weltlicher Eitelkeit getadelt. Ebenso war es mit dem Reitrod; die Kirche verbot jeder mit einem solchen Instrument bekleideten Frau den Eintritt in das Gotteshaus; aber schließlich war der Reitrod so „alt-ehrwürdig“ geworden, daß die Pastorsfrau zwei Plätze in der vordersten Reihe beanspruchte, um ihren Reitrod beim Gottesdienst zu voller Entfaltung bringen zu können. Und wie er, so ist seitdem noch gar mancher andere Modeteufel, der sich gar wild gebärdet hat, schließlich als ein nützliches und sittliches Mitglied der Gesellschaft anerkannt worden.

Abnehmender Mond und doch schönes Wetter.

Von einem Freund der Wetterkunde wird uns geschrieben: Nach einer alten, namentlich auch auf dem Lande weitverbreiteten alten Volks-Wetterregel soll bei abnehmendem Monde schlechtes Wetter sein. Da neuerdings auch von den sogenannten Astronomen dieser Volks Glaube an den Einfluß des Mondes unterstützt wird, ist es vielleicht angebracht, gerade jetzt darauf hinzuweisen, daß der letzte Vollmond am 16. August war, daß also von diesem Tage an für die Zeit des abnehmenden Mondes schlechtes Wetter sein müßte. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die ununterbrochene Schönwetterperiode steht übrigens wieder in Übereinstimmung mit den Zehntagevorhersagen der Frankfurter staatlichen Forschungsstelle für langfristige Witterungsvorhersagen, deren Leiter, Professor Baur, der sich in seinen wissenschaftlichen Vorträgen und Veröffentlichungen immer gegen die Wettertheorie des abnehmenden Mondes gewandt hat.

Staatskommissare für Gemeinden.

Wie vom Amtlichen Preussischen Pressedienst unter Bezugnahme auf die vielfachen Nachrichten über die bevorstehende Bestellung von Staatskommissaren in einigen Gemeinden mitgeteilt wird, sind tatsächlich seitens der Staatsregierung Maßnahmen beschlossene, um auf eine gewissenhaftere und pünktlichere Ausführung der von den säumigen Gemeinden erhobenen Staatssteuern an die Staatskasse zu dringen. Die Rechtsgrundlage hierzu bietet die im § 9 der Haushaltsstellenverordnung noch von der früheren geschäftsführenden Regierung getroffene Bestimmung. Danach erhält der Finanzminister das Recht, einen besonderen Staatsbeamten in die säumigen Gemeinden zu entsenden, der alle Maßnahmen zur pünktlichen Ablieferung der Staatssteuern ergreifen und im Notfall der Gemeindefürsorge unmittelbar Zahlungsaufweisung zur Ausführung der nach seiner Bestellung eingegangenen Staatssteuerbeträge geben kann. Das dem Finanzminister eingeräumte Recht soll den Regierungspräsidenten übertragen werden. In welchen Fällen die Regierungspräsidenten von der Entsendung besonderer Beauftragter Gebrauch machen werden, wird durch die Lage des Einzelfalles abhängen. Die gedachte Maßnahme wird nur als äußerstes Mittel in Anwendung kommen. In jedem Falle wird dafür gesorgt werden, daß durch die Anordnungen der in die Gemeinden entsandten Beauftragten die Erfüllung der dringlichen Zahlungspflichten aus Gehältern, Löhnen und Wohlfahrtsunterstützungen keine Störung erfährt.

— Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis 18. August 1932 angemeldeten Fremden beträgt 66 025 Kurgäste und Passanten.

— Rückgabe von Geld und Schenkungssteuer. Der Vater, welcher seinem Sohn über die Unterhaltungspflicht hinaus Geld zu Studienzwecken zuwendet, handelt hierbei nach einem Urteil des Reichsfinanzhofs in der Regel nicht als Schenker. Beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen des Schenkungssteuergesetzes würde der Umstand, daß ein an den Vater zurückfallender Geldbetrag aus einem Spielgewinn stammt, die Anwendung der Steuerbefreiung nicht ausschließen. Der Vater hatte von dem Sohn, der in der Lotterie gewann, 8000 Mark erhalten. Ersterer wurde zur Schenkungssteuer herangezogen. Einspruch und Berufung dagegen waren erfolglos. Der Pflichtige wies darauf hin, daß hier eine steuerfreie Rückzahlung vorliege. Der Hof führte aus, daß die Behörden richtig die Hingabe des Geldes durch den Sohn an den Vater als Schenkung angesehen haben, die der Steuer unterliegt. Frei davon bleibt nur Vermögen, das Eltern ihren Abkömmlingen durch Schenkung oder Übernahmevertrag zugewendet hatten und das in diese Personen zurückfällt. Wenn das Geld aus einem Gewinn stammt, so kann von einem Rückfall keine Rede sein. Auch ein anderer Gegenstand im Sinne des Gesetzes ist darin nicht zu erblicken. Die Zuwendung des Vaters an den Sohn ist keine Schenkung. Ersterer handelt nur in der Erfüllung der ihm obliegenden Pflicht, wenn er auch etwas über deren Rahmen hinausgegangen ist. Jedoch das zurückgegebene Geld des Kindes ist Schenkung und muß versteuert werden.

— Rechtsenscheide in Pachtshufschachen. In Pachtshufschachen hat das Kammergericht zwei neue Rechtsenscheide getroffen. Auf einen Vertrag, durch den ein Grundstück zum Zwecke landwirtschaftlicher Nutzung und zum Betrieb einer Galtwirtschaft verpachtet ist, findet die Ordnung über Pachtshufschachen insofern Anwendung, als die Verpachtung zur landwirtschaftlichen Nutzung erfolgte. Ist ein Pachtvertrag auf bestimmte Zeit geschlossen und soll er sich verlängern, wenn er nicht vor Ablauf gekündigt wird, so ist nach dem anderen Urteil der Antrag auf Verlängerung des Verhältnisses spätestens einen Monat nach dem Kündigungsertrag zu stellen.

— Arbeiter-Samariter-Kolonie. Die Arbeiter-Samariter, die in den Monaten August/September wie alle Jahre, Werbe- und Sammelstage veranstalten, haben im letzten Jahr in 488 747 Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen erste Hilfe geleistet. In Betrieben, in der Werkstatt und am Arbeitsplatz wurde die Hilfe der Samariter in 175 911 Unglücksfällen in Anspruch genommen. Die Arbeiter-Samariter unterhalten eine große Zahl öffentlicher Rettungskolonien; sie leisten ihre Dienste auch am Wasser und haben dort schon manchem Menschen das Leben gerettet. Viele Pflegerinnen sind in selbstloser Weise am Krankenbett sowie in der Haus- und Krankenpflege tätig. Eine große Zahl Krankentransportautos und sonstige Wagen stehen bereit, um Kranke schnell und sachgemäß zu befördern. Um unbefugten Sammelern keinen Vorbehalt zu leisten, wird gebeten, sich den Amtlichen Ausweisen vorzeigen zu lassen.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Kurhaus. Morgen Sonntag findet 20 Uhr im Abonnement unter Leitung von Kapellmeister Albert ein „Patriotischer Abend“ statt. — Der nächste Lang-Lee findet am Montag statt. Tanzkapelle Otto Schilling. — Das Abendkonzert am Montag bringt „Musik“, ausgeführt von der Wiesbadener Orchestervereinigung unter Leitung von Kapellmeister Daberland. Der Gesellschaftspaziergang am Dienstag führt zur Warte. Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses. — Das „Raimonda-Ballett“ ist für ein einmaliges Gaskpiel verpflichtet, das am Mittwoch, 24. August, 20 Uhr, im Kurgarten stattfindet.

Aus dem Vereinsleben.

* Die Vereine des Gaus 1 (Groß-Wiesbaden) des Sängerbundes Nassau, die sich an der Veranstaltung des 80er-Denkmalfonds beteiligten, sammeln sich am Sonntag pünktlich um 2 Uhr mit Fahnen auf dem Luisenplatz.

Der neue Saal im Paulinenschloßchen.

Raumkunst und Technik.

Wiesbaden ist wieder um eine Sehenswürdigkeit reicher geworden. Wir hatten zwar eine Reihe schöner, für Konzerte, Bälle und Festlichkeiten aller Art bestimmter Säle, aber an einem künstlerisch gestalteten, für Versammlungen und besonders für Vorträge aller Art geeigneten Raum fehlte es leider, und der alte, architektonisch nicht sehr glückliche Saal des Paulinenschloßchens eignete sich wegen seiner schlechten Akustik nicht für das gesprochene Wort. Diesem Mangel ist durch den neuen Saal, der bereits in den nächsten Tagen seiner Bestimmung übergeben und auf seine akustischen Möglichkeiten erprobt werden wird, durchaus abgeholfen. Gekerk hat die Magistrat zu einer Vorbefichtigung eingeladen. Die Beigeordnete Dr. Heß in seiner Ansprache ausführte, ging die Anregung von dem Kongress für innere Medizin aus, die ursprünglich nur als Ausstellungssaal gedachte Halle als Vortragsaal auszubauen. Deshalb mußte eine umfangreiche Bestuhlung eingeführt, mußten Einrichtungen für Verdunkelung, für Film- und Glasbildvorführungen getroffen werden. Lautsprecher und Mikrophon werden die Verbindung mit der Wandelhalle und mit dem alten Saal aufrechterhalten, so daß eine Menge von über 4000 Personen einer Rede wahrnehmen können. Die nicht unerheblichen Kosten der ganzen Anlagen hat vor allem der Kongress für innere Medizin finanziert. Durch Vorhänge, die auch akustisch wirken, läßt sich der Raum von 1250 auf 800 Sitze verkleinern. Zahlreiche Vorrichtungen, die hier zu erläutern zu weit führen würde, sorgen für Resonanz und für Dämpfung des von jedem Redner am meisten gefürchteten Nachhalls. Eine größere Anzahl von Kopfhörern gibt außerdem den Schwerhörigen Gelegenheit, jedem Wort des Vortragenden zu folgen. Dank dem großzügigen Entgegenkommen der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin konnte in diesem Frühjahr das auf 100 000

Mark veranschlagte Baukapital aufgenommen und mit dem Ausbau des Saales und der vorgelagerten Wandelhalle begonnen werden. Die Planung und Bauleitung lag in den bewährten Händen des Magistratsbauamts a. D. Grün, der wertvolle Erläuterungen gab. Er betonte die Übersichtlichkeit des Saales und der Wandelhalle, und erwähnte, daß auch noch eine Küche eingebaut werden soll. Die Form des mit einer Rundung abschließenden Saales ergab sich aus der Ortlichkeit und der Anlage der zur Höhe emporkührenden Serpentinstraße. Man mußte darauf bedacht sein, den Raum bis auf den letzten Zentimeter auszunutzen. Große Kellerräume wurden für das Unterbringen von Tischen, Stühlen usw. vorgezogen. Magistratsbauamt Berlin verbreitete sich sodann über die von ihm ausgeführten maschinentechnischen Anlagen, vor allem die Lautverstärkungen. Eine Kinofabine für Filme aller Art und ein Projektionsapparat für Glasbilder und Epistole sind eingebaut. 73 Scheinwerfer sorgen für die Beleuchtung. Die Probeführungen funktionierten tadellos, die Lichtbilder waren scharf und klar ausgeleuchtet. Die Gesamtwirkung des Saales, bei dem auch Kunstmaler Hans Böcker ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte, ist gerade durch seine Schlichtheit von überwältigender Schönheit, besonders bei künstlicher Beleuchtung. Wie schön wirkt dann der Rhythmus der geschweiften Linien, der Kontrast der dunklen Eise und der zartgelb beleuchteten Wände und der Decke! Die Vorhänge passen sich dem ganzen mit einem gedämpften Ton an. Zwei Rednerpulte und ein in schönem Holz verarbeiteter Tisch für Experimente schließen den beinahe feierlich stilisierten Saal auf der Schmalseite ab. Ganz wundervoll in ihrer verdeckten Beleuchtung ist die dem Saale vorgelagerte Wandelhalle, die so groß ist, daß sie für besondere Veranstaltungen dienen kann. Foyer und Saal gehören zu den schönsten, neuzeitlich ausgestatteten Räumen, die wir kennen.

Reichspost finanziert Eltville

um den Autobusbetrieb nach Schlagenbad zu erhalten.

Man schreibt uns: Es dürfte allgemein bekannt sein, daß Eltville mit Übernahme der Kleinbahn vor etwa 5 Jahren sich eine schwere finanzielle Last aufgebürdet hat und jetzt gerne die natürlich ganz unrentable Kleinbahn durch einen Autobusbetrieb ersetzen möchte, was ihr schon vor Anlauf der Kleinbahn von dem Herrn Landeshauptmann dringend geraten worden war.

Diese vorläufige Kleinbahn, deren Wiederbetriebnahme unbegreiflicher Weise von der Reichsbahn, als der technischen Aufsichtsbehörde, befürwortet wurde, hat sich die Stadt in über 120 000 M. Schulden gestürzt und würde, wenn sie weiter in Gang bleiben sollte, nicht nur erhebliche einmalige, sondern laufende Zuschüsse nötig haben.

Die Wiesbadener Auto-Verkehrs-Gesellschaft, die nach Stilllegung der Kleinbahn bis zum Verlaufe derselben durch Eltville schon über 3 Jahre den Betrieb ausbauseitig mit Autobussen durchgeführt hatte, hat aus Grund von mehrfachen, seitens der hiesigen Regierung geleiteten Verhandlungen mit dem Magistrat der Stadt Eltville einen Vertrag vereinbart. Nach diesem wollte sie unter sehr günstigen Bedingungen für die Stadt Eltville den Betrieb so übernehmen, daß alle Wünsche Eltvilles bezüglich des Verkehrs, des Fahrplanes und des Fahrpreises berücksichtigt werden. Außerdem war durch Übernahme eines pensionsfähigen Beamten und Gewinnbeteiligung noch ein Gewinn für Eltville von 3000 bis 4000 M. zu erwarten.

Es ist ja naturgemäß, daß die Verbindung dieser Strecke mit der Betriebsführung Wiesbaden-Schlagenbad-Bad Schwalbach die selbstverständliche ist, um einen gerade von den staatlichen Bädern Schlagenbad und Bad Schwalbach gewünschten direkten Verkehr vom Rheinufer bis Bad Schwalbach einheitlich durchzuführen, was bei Übernahme der Reichspost infolge bestehender Konzession der Wiesbadener Auto-Verkehrs-Gesellschaft m. b. H. nicht möglich wäre.

Nach Zustandekommen dieser Vereinbarungen hat es die Reichspost, die mit der Reichsbahn in Autobus-Angelegenheiten zusammen arbeitet, verstanden, die ganze Angelegenheit in Berlin 4 Monate festzuhalten und kommt mit dem Angebot, der Stadt Eltville ihre Schulden zu finanzieren unter der Bedingung der Übernahme des Autobusbetriebes.

Die Reichspost will der Stadt Eltville ein Darlehen in Höhe der für die Kleinbahn aufgenommenen Schulden für nur 5 Prozent, einschließlich Tilgung, gewähren, während die Stadt Eltville für die bei der Landesbank aufgenommenen Kredite mit den üblichen Bankzinsen annähernd 10 Prozent bezahlen muß.

Es ergibt sich also das groteske Bild, daß eine staatliche Einrichtung auf Kosten der Steuerzahler eine andere öffentliche Einrichtung, um auf die Weise einen an sich noch nicht einmal glänzenden Teilbetrieb in die Hand zu bekommen.

Dabei bietet die Reichspost der Gemeinde Eltville sogar noch die Finanzierung der an sie zu zahlenden Zinsen durch Abgaben aus den Brutto-Einnahmen des Betriebes an und da ja der Betrieb in absehbarer Zeit bestimmt nicht solche Abgaben gestattet, so geht auch dies wieder auf Kosten der Steuerzahler.

Man kann ja schließlich einer Gemeinde, die wie die meisten in schwieriger Finanz-Klemme steht, nicht übernehmen, wenn sie einen im Augenblick bei den hohen Bankzinsen so glänzenden erscheinenden Angebot einer Reichsbank, das bei Senkung der Zinsen schlechter wird, näher tritt, aber wohin soll das führen, wenn solche Finanzkunststücke zu Gunsten der ganz unnötigen Konopolisierungen der Reichspost schließlich auf Kosten der Steuerzahler gemacht werden.

Ein 101jähriger gestorben.

— Commern (Eifel), 19. Aug. Gestern Abend starb in dem benachbarten Hotel der älteste Einwohner des Kreises Schleiden und auch wohl der älteste des Rheinlandes, der 101jährige Wilhelm Jüll. Noch vor wenigen Wochen, am 15. Juli d. J. konnte Wilhelm Jüll in erstaunderlicher Körperlichkeit und geistiger Frische seinen Geburtstag feiern. Der Volksgenosse nannte ihn „den ewigen Jüll“, weil er noch als 100jähriger Garten- und Feldarbeiten verrichtete. Wilhelm Jüll entstammte einem Geschlecht langlebiger Menschen, seine Mutter wurde 93 Jahre alt, drei Brüder 84, 92 und 91 Jahre. Der Verstorbene hinterläßt eine unverheiratete 80jährige Tochter, die dem Vater den Haushalt führte.

Öffentliche und private Stellenvermittlung.

Man schreibt uns: Seit über einem Jahr ist die private Stellenvermittlung im ganzen Reich außer Tätigkeit gesetzt, um den öffentlichen Arbeitsnachweisen auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes eine Monopolstellung zu schaffen. Das Verbot war und ist auch heute noch nicht mit dieser Zwangsmaßnahme zufrieden, sondern bedauert — auf Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite — sehr den derzeitigen Zustand, was durch persönliche Besuche, Briefe, Telefonanrufe usw. an die ehemaligen Stellenvermittler tagtäglich zum Ausdruck kommt. Die Stellenvermittler hatten halt ihre absoluten Erfahrungen und wußten sich genau auf die Wünsche und Bedürfnisse von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen einzustellen, was bei den Arbeitsnachweisen nie der Fall sein kann, denn diese können unmöglich jedem Interessenten Rechnung tragen.

Vor einiger Zeit fand ein Diskussionsabend, der lediglich die Stellenvermittlung betraf, im Hause der Technik in Berlin statt. Dieser war einberufen von der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins.

Außer verschiedenen anderen prominenten Persönlichkeiten waren dort Frau Emma Kromer (Heidelberg), welche im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Interessen der Hausfrauen vertritt, ferner Frau Mühlem-Werter, Vorsitzende des Hausfrauenvereins Groß-Berlin, Vertreter des Haushaltsbundes, Vertreterinnen des Evang. Verbandes der Hausangestellten und andere anwesend. Alle waren der Auffassung, daß die Vermittlung durch die Arbeitsämter ein schlechter Ersatz für die private Berufsvermittlung sei, und deren Wiederführung im Interesse der Haushaltungen und Hausangestellten energig gefördert werden müsse. Eine Vertreterin der Arbeitsnachweise erzielte mit ihren Darlegungen große Begehrung, weil diese die sonderbare Ansicht vertrat, es sei nicht Aufgabe der Arbeitsämter, vermittelnd einzugreifen, wenn die Stellenjuchenden z. B. eine Stellung ablehnten, weil sie, ihrer Meinung nach, zu gering entlohnt werden sollten.

Es wurde darauf hingewiesen, daß in solchen Fällen die private Stellenvermittlung durch sachliche Aufklärung für beide Teile im besten Sinne gewirkt hätte. Wenn die im Jahre 1930 existierenden 1200 Stellenvermittler noch 4 Millionen feste Arbeitsverträge (ohne Aushilfen) geschlossen hätten, so sei dieses doch ein durchschlagender Beweis ihrer Existenzberechtigung gewesen. Bemerkenswert sei, daß der Reichstag in seiner Sitzung vom 25. 3. 31, in welcher über die Beibehaltung oder Aufhebung der gewerblichen Stellenvermittlung abgestimmt wurde, gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten, die eine kleine Fallsmehrheit hatten, für die Beibehaltung der Privatvermittlung war. Die Zufallsmehrheit der genannten beiden Linksparteien, welche für die Aufhebung der Stellenvermittlung waren, kam deswegen zustande, weil die Nationalsozialisten und Deutschnationalen der bekannten Ursachen wegen den Sitzungen damals fernblieben.

Wir haben zifra 6 Millionen Arbeitslose, das ist ein ergreifendes Unglück, und es sollte ein Gebot der Stunde sein, jede Gelegenheit zu fördern, welche helfen kann, unseren Mitmenschen Brot, Arbeit und Verdienst zu schaffen.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Geprellter Autofahrer.

— Frankfurt a. M., 19. Aug. Ein hiesiger Diplomat wurde während der Autofahrt nach Mainz in Weibach von einem fremden Herrn angehalten und gebeten, ihn mit nach Mainz zu nehmen. Sein Wagen sei verunglückt, und er müsse in Mainz Ersatzteile laufen. Herr nahm den Landwirt den Autofahrer mit. Als man in Kastel K fernmündlich in Mainz nach den Ersatzteilen erkundigte, waren diese nicht zu haben, wohl aber in Wiesbaden. Auch nach hier fuhr der gutmütige Landwirt den Fremden. Hier pumpte der Fremde den Fahrer auch noch um 20 M. an, weil die Briefstöße sich im verunglückten Auto befanden, angeblich. Später stellte es sich heraus, daß der Landwirt von dem Manne geprellt worden war. Schon einige Tage zuvor ist in einem anderen Untermaindörfer ein Autofahrer auf ähnliche Weise hineingelegt worden.

Frankfurter Chronik.

— Frankfurt a. M., 19. Aug. Am 16. August wurde der 72jährige Arbeiter Friedrich Gattner in der Schloßstraße von einem Strassenbahnzug der Linie 19 überfahren und schwer verletzt. Im Elisabethkrankenhaus ist er heute seinen schweren Verletzungen erlegen. — Ein Vollzeiterwachmeister unternahm gestern Nacht eine Streife mit dem Fahrrad und fiel an dem Griesheimer Grenzweg auf zwei Radfahrer, die beim Anblick des Beamten die Räder weg-

Europas größte Funkschau.

Die Eröffnung der 9. Großen Deutschen Funk-Ausstellung Berlin 1932.

Die 9. Große Deutsche Funkausstellung ist von einem guten Optimismus getragen. Wenn man sich die heutige schwierige Wirtschaftslage der deutschen elektrotechnischen Industrie vergegenwärtigt, so muß man staunen, was dieses Mal auf dem Plan erschienen ist. Man bedenke: zehn Prozent der gesamten deutschen elektrotechnischen Industrie umfaßt den Radio-Markt. Welch ein Aufstieg im Laufe der Jahre! In 10 Jahren radiotechnischer Entwicklung hat sich eine mustergheltige Industrie herauskristallisiert. Das Qualitätsgerät dominiert.

Auf der Ausstellung finden wir nicht nur modernste Empfangsgeräte der Industrie, sondern auch wissenschaftliche beachtenswerte Sonderbauten der Reichspost, der Reichsrundfunk-Gesellschaft und des Heinrich-Hertz-Institutes.

Heute ist in Gegenwart der Vertreter der Behörden und der maßgebenden Organisationen die Ausstellung der Öffentlichkeit übergeben worden.

Die Funkausstellung hat von jeher auf den Berliner eine besondere Anziehungskraft ausgeübt. — Es ist nicht verwunderlich, daß die sommerliche „Große Deutsche Funkausstellung“, die größte europäische Funkschau, wie ein Magnet auf die unzähligen Freunde des Rundfunks, zu denen bald alle Völker der Erde und alle Menschen dieser Völker zu zählen sind, wirkt. Diese Ausstellung ist ein gesellschaftliches Ereignis, ein Höhepunkt hauptstädtischer Repräsentation. In ihrer fast gleichgebliebenen Ausstellerzahl und den Massen deutscher und ausländischer Einfäufer ist immer wieder die Funkausstellung von der schweren Wirtschaftskrise fast unberührt geblieben. Händler und Funkfreunde, ein Wahrzeichen des Optimismus, den wir in dieser schweren Zeit mehr als jemals zuvor gebrauchen.

Und um das Wahrzeichen Berlins, den 138 Meter hohen Funkturm, der in diesem Jahre sogar noch um weitere zwei Meter erhöht worden ist, nämlich um die neue Antenne des Ultra-Kurzwellen-Fernseh-Senders, werden sich während der Ausstellungsdauer vom 19. bis

28. August alltäglich Tausende von Rundfunkfreunden und Interessenten versammeln, um hier den bisherigen Erfolg gemeinsamer Arbeit von Wissenschaft und Praxis kennen zu lernen. Hier können sie sich unterrichten über die weitgehende Vervollkommenung des modernen, leicht bedienbaren Rundfunkgerätes; hier wird ihnen mit den Mitteln des Films und der neuzeitlich gestalteten Statistiken gezeigt, wie das unsichtbare Radionetz immer mehr die ganze Welt umschließt, hier lernen sie die Anfangsgründe des Fernsehens kennen, um die hervorragende Wissenschaftler sich seit Jahren in angestrengter Forschungstätigkeit bemühen; oder die Mittel, mit denen man Störungen von seinem Empfangs-Apparat fernhält; hier führt man ihnen die neuen elektrischen Musikinstrumente vor und man gibt ihnen sogar Gelegenheit, sich selbst im Spiel dieser Geräte zu üben. Dem technisch Interessierten und auch dem Ausländer stehen sämtliche Radioschriftchen Europas in einem besonderen Leseraum zur Verfügung. Ein Bild von der tiefen Verbundenheit des Rundfunks mit dem Menschen unserer Zeit geben verschiedene Gemälde und Stiche erster Künstler. Abends ist zehntausend Besuchern der Ausstellung Gelegenheit gegeben den Sendebetrieb der Berliner Funkturm mitzuerleben. Entweder im Funkgarten oder in einer festlich geschmückten Halle können sie ihre Liebhaber von Bühne und Film sehen und hören, während sie ihre Kunst auf feinsten elektrischen Schwingungen durch das Mikrophon Millionen von Hörern übermitteln.

Diese in ihrer Gesamtheit und allen Teilen imposante Schau der neuesten Funkwunder berechtigt zu der Hoffnung, daß es der hochentwickelten deutschen Industrie gelingen wird, sich trotz der Ungunst der Zeit dank bis zum äußersten gesteigerter Qualität bei aufs schärfste kalkulierten Preisen auf dem Weltmarkt durchzusetzen.

Noch vieles Interessante bietet die 9. Große Deutsche Funkausstellung Berlin 1932, doch lassen es Zeit und Raum leider nicht zu, hier noch näher darauf einzugehen.

Ernst Louis jr., Berlin.

warfen und ausrissen. Trotzdem der Beamte die Verfolgung sofort ausnahm, konnten sie in der Dunkelheit entkommen. — Gestern nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr fuhr auf der Oberuferer Chaussee ein Personenkraftwagen (Kafz), der von den Insassen gestohlen worden war, einen Leistungsmast der Straßenbahn um. Die Insassen des Wagens ließen darauf ihr Fahrzeug im Stich und rissen aus, nachdem sie vorher das Erkennungsschild und andere Markierungen an dem Auto entfernt hatten. — In einem großen Fachwerkbau auf dem Gelände der Firma Hignauer in der Römerstadt brach Freitag nachmittag kurz vor 15 Uhr ein Brand aus, der an den dort lagernden Mistbeetstrohbeden und anderen leicht brennbaren Stoffen überreiche Nahrung fand. Das ganze Gebäude brannte bis auf die Grundmauern nieder. Es konnte nur ein Auto gerettet werden.

Tödlicher Ausgang eines Streites.

— Bad Homburg, 19. Aug. Der aus Seuburg bei Bad Homburg gebürtige, jetzt in Groß-Karben wohnhafte Wenzel wurde in der vergangenen Woche auf der Straße von Kindern durch politische Jurufe gereizt. Er schlug eines derselben, worauf der Vater des Kindes herbeieilte. Es entspann sich ein Wortwechsel, dem ein jähes Ende dadurch beizutragen wurde, daß Wenzel von der Tochter seines Gegners ein Schlag mit einer Haue in die Nierengegend erhielt. In schwerverletztem Zustande wurde der Bedauernswerte nach dem Friedberger Krankenhaus geschafft, wo er heute vormittag verstorben ist. Er hinterließ eine Frau und zwei Kinder. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Tod beim nächtlichen Fluchbad.

— Gießen, 19. Aug. Bei einem Fluchbad, das in der letzten Nacht drei junge Akademiker hier in der La hn nahmen, wurde der im 23. Lebensjahre stehende Ge-

richtsreferendar August Weinmann aus Darmstadt, der hier beschäftigt war, von der Flut abgetrieben, ohne daß seine Kameraden es merkten. Als sein Fehlen festgestellt wurde, war schon so erhebliche Zeit vergangen, daß man ihn trotz eifriger Suchens unter Mithilfe der Polizei und der Wache der Militärkaserne nicht mehr aus den Fluten holen konnte. Bis jetzt ist die Leiche des jungen Mannes noch nicht geborgen.

— Bredenheim, 19. Aug. Die Felddiebstähle innerhalb der hiesigen Gemarkung mehren sich in erschreckendem Maße. Bohnen, Gemüse und andere Gartengewächse werden von den Langfingern aus offenen und geschlossenen Gärten und von freien Feldgrundstücken gestohlen. Es dürfte für die Folge unbedingt notwendig werden, einen nächtlichen Selbstschutz zu organisieren, wenn man den Diebstählen in wirksamer Weise entgegen treten will.

— Krißel a. Ts., 19. Aug. Der Obst- und Gartenbauverein in Krißel a. Ts. veranstaltet unter Leitung des Fachbeamten des Rain-Taunuskreises, Kreisobstbauinspektor Horn, in den Tagen vom 20. bis 22. August eine Frühschau im Saale des Gasthauses „Zur Eisenbahn“.

— Koblenz, 19. Aug. Gestern morgen kurz vor 10 Uhr versuchte ein aus Zürich stammender Herr auf dem Koblenzer Hauptbahnhof auf den sich in Bewegung befindenden D-Zug aufzuspringen. Unglücklicherweise fand er keinen Halt und wurde von der Kante des nachfolgenden Wagens so unglücklich getroffen, daß er auf die Schienen fiel. Dabei erlitt er so schwere Brustquetschungen, daß er gestern nachmittag seinen Verletzungen erlag.

— Fulda, 19. Aug. Die Bischofskonferenz ist nach dreitägiger Dauer heute mittag nach einer Schlussschau in der Bonifatius-Gruft zu Ende gegangen.

Neues aus aller Welt.

Professor Piccard über seinen Flug.

Mit den wissenschaftlichen Ergebnissen zufrieden.

Professor Piccard gönnte sich nach seinem Stratosphärenflug eine ausgiebige Ruhe und verließ am Freitag ein Zimmer in Desenzano erst um 11 Uhr vormittags. Die Anzeichen der Ermüdung, die am Donnerstagabend erkennbar waren, sind von ihm gewichen. Auch der Begleiter Piccards, Ingenieur Cojns, hat sich von seiner Unfähigkeit erholt, die durch den unvermittelten Temperatursturz während des Abfluges hervorgerufen worden war. Zurzeit der Landung herrschte nämlich in der Gegend von Costa und Mantua eine Wärme von 34 Grad. Während des ganzen Freitagvormittags trafen weitere Glückwunschtelegramme ein, so u. a. ein Telegramm von Bundesrat Pilet und der Heimatgemeinde Piccards. Der Schweizer Gelehrte hat sich zu einer Berichterstattung im Rundfunk bereit erklärt. Man wird zu diesem Zweck in seinem Hotelzimmer mit der Mailänder Rundfunkstation verbundenes Mikrophon aufstellen. Professor Piccard hat am Freitagabend einige Worte in italienischer Sprache an die italienischen Hörer gerichtet.

Am 1 Uhr mittags empfing Professor Piccard die im Laufe der Nacht und des Vormittags in Desenzano eingetroffenen Pressevertreter aus allen Ländern. Dieser Empfang fand in der Halle des Hotels statt. Professor Piccard gedachte zunächst in dankenden Worten des belgischen Fonds für wissenschaftliche Forschung, der seinen Flug finanziert hat. In anerkennenden Worten hat er dann die vom Schweizerischen Aeroklub geleistete Organisationsarbeit hervor, insbesondere gedachte er in diesem Zusammenhang des Sekretärs des Komitees des Aeroklubs Dr. Tiggens. Professor Piccard erklärte, daß das wissenschaftliche Ergebnis des Fluges befriedigend sei. Beim ersten Stratosphärenflug habe er leider nicht die gewünschten Ergebnisse gehabt, die er erhofft hatte. Diesmal sei es ihm jedoch dank der Erfahrungen des ersten Fluges gelungen, die Berechnungen zu vervollständigen. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil dieses zweiten Fluges sei die Tatsache gewesen, daß er über die Schweizer Alpen führte, die Professor Piccard besonders gut kenne. Infolgedessen habe es keiner großen Arbeit zur Feststellung des jeweiligen Standortes bedurft. Besonders die Seen hätten als gute Wegweiser erwiesen. Die kosmische Strahlung, so erklärte Professor Piccard, sei besonders stark gewesen und sie habe, je höher der Ballon stieg, immer mehr zugenommen.

Der Begleiter Professor Piccards, Ingenieur Cojns, hat Desenzano am Freitagabend verlassen und sich nach Zürich zurückbegeben. Professor Piccard wird noch einige Tage in Italien bleiben.

Der Transoceanflug Mollisons geglückt.

Dublin—Halifax in 24 Stunden.

Der Transoceanflieger Mollison, der zuletzt am Donnerstagabend von dem Frachtdampfer „Beaverbrae“ gesichtet worden war, hat Halifax erreicht. Mollison hat die rd. 4023 Kilometer lange Strecke Dublin—Halifax in 24 Stunden 10 Minuten zurückgelegt. Sein Flug ist insofern bemerkenswert, als er die erste Überfliegung des Atlantischen Ozeans durch einen leichten Eindecker darstellt. Mollison, der sofort nach der Landung seine Frau, die Fliegerin Amy Johnson, von dem Gelingen des Transoceanfluges benachrichtigte, wird zunächst eine kurze Rast in St. Johns halten, um sich von den Strapazen des Fluges auszuruhen, und dann nach New York weiterfliegen.

Zwei belgische Schüler im Rhein ertrunken. Zwei belgische Schüler, der 18 Jahre alte Oswald Tielemann und der 16jährige Peter Verdonck aus Antwerpen, sind beim Baden im Rhein bei Duisburg ertrunken. Die beiden Ertrunkenen gehörten zu einer Gruppe von etwa 60 belgischen Schülern, die in Begleitung von drei Geistlichen einen Motorbootausflug von Antwerpen nach Mainz gemacht hatten.

Erntediebe bei der Arbeit. Einem Landwirt aus Lauterbach in Oberbayern wurden nachts von unbekannten Dieben auf dem Acker von über 200 Kornmandln die Ähren abgeschnitten. In einer der letzten Nächte bemerkten Nachbarn des Landwirts auf dessen Feld einige Burchen, die wieder die Ähren von den aufgestellten Getreidegarben abschnitten. Man verständigte sofort den Landwirt, der mit einigen Knechten auf den Acker eilte, um die Ährndiebe festzunehmen. Diese sahen jedoch die Leute kommen und flohen in einen nahen Hopfengarten, von wo aus sie ihre Verfolger beschossen, ohne jedoch glücklicherweise jemanden zu verletzen.

Ein Leipziger Staatsanwalt in der Ober ertrunken. Das Polizeipräsidium in Leipzig teilt mit: Am 3. August wurde aus der Ober in der Nähe von Stettin ein unbekannter Toter geborgen. Der Tote wurde als der seit dem 29. Juli vermisste Staatsanwalt Dr. Fieschang aus Leipzig identifiziert. An der Leiche wurden keinerlei Merkmale vorgefunden, die auf ein Verbrechen schließen lassen.

Ein Epileptiker überfällt Kinder. Ein Epileptiker fiel in Ettlingen bei Karlsruhe nach einem Anfall zwei Knaben auf der Straße an. Er schlug derartig heftig mit einem Schlüssel auf einen siebenjährigen Knaben ein, daß der Junge tot liegen blieb. Kurze Zeit darauf fiel der Wahnsinnige einen dritten Knaben an. Passanten gelang es, den Geistesgestörten zu fesseln.

Eine Ehefrau ertränkt ihre Kinder. Aus Striega u wird berichtet: Bei Gähersdorf hat eine Ehefrau ihre beiden Kinder im Alter von 3 und 5 Jahren in die sogenannte Schafschwemme geworfen. Beide Kinder ertranken. Die Frau lief zum Oberlandjäger und ersuchte Anzeige von ihrer schrecklichen Tat. Dann öffnete sie sich mit einem Rasiermesser die Pulsader. Sie wurde ins Krankenhaus gebracht.

Ein Schmuggler erschossen. Beim Schmuggeln von mehreren Wagen Getreide aus Polen nach Deutschland wurde, wie aus Rosenberg (Oberschlesien) gemeldet wird, der polnische Schmuggler Myszur und ein Helfershelfer bei Jastrzegowig von Zollbeamten überrascht, worauf die Schmuggler flüchteten. Da sie auf Anruf nicht stehen blieben, gab der Zollbeamte Thomalla einen Schuß auf Myszur ab, durch den dieser getötet wurde. Der Zollbeamte Thomalla hat vor einigen Jahren den Raubmörder Biza aus Leschna erschossen.

Jungfernfahrt eines amerikanischen Atlantikdampfers. Der von der United-States-Lines neu eingestellte 24000 Tonnen große Dampfer „Manhattan“ ist am Freitag auf seiner Jungferntour nach Europa im Hamburger Hafen eingetroffen. Es wird mit seinem Schwesterschiff „Washington“ den regelmäßigen Passagierdienst zwischen New York und Hamburg versehen.

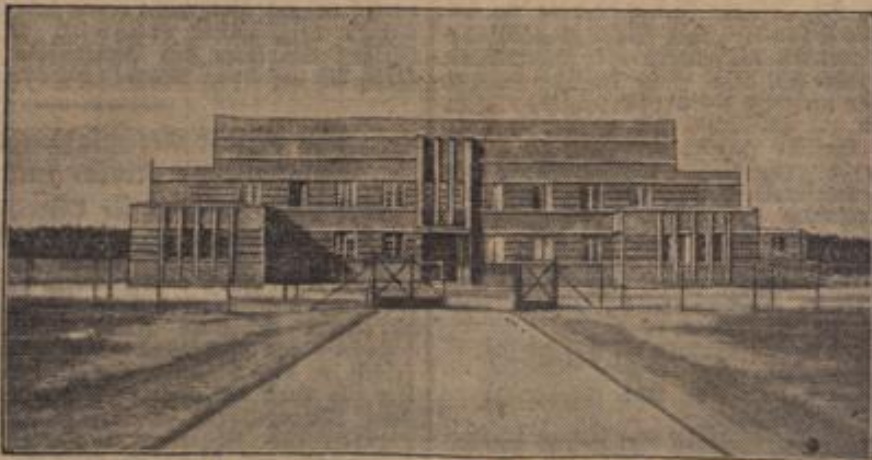
Bier Tote bei einem Flugzeugabsturz. Ein folgenschwerer Unfall, der vier Todesopfer forderte, ereignete sich, wie aus Rom gemeldet wird, am Donnerstag während eines Übungsfluges. Ein Flugzeug geriet in 40 Meter Höhe ins Trudeln. Es stürzte ab und fiel auf ein Bauernhaus. Die beiden Piloten waren sofort tot. Der Benzin-tank des Flugzeuges explodierte und setzte das Haus in Brand. Das Feuer breitete sich so schnell aus, daß zwei kleine Mädchen, die in dem Hause spielten, nicht mehr gerettet werden konnten und in den Flammen umkamen. Zwei Bauernfrauen erlitten erhebliche Brandverletzungen.

Der Blitz schlägt in eine Moschee. Aus Belgrad wird berichtet: Ein heftiges Gewitter, das sich über Beg, einer in der Nähe der albanischen Grenze gelegenen Stadt, entlud, richtete durch das Zusammentreffen mehrerer unglücklicher Umstände heftige Zerstörungen an. Ein Blitz schlug in das Minarett gerade in dem Augenblick, als der Muehlin die Gläubigen zum Gebete rief. Der Muehlin war auf der Stelle tot, ein zweiter Blitz, der dem ersten unmittelbar folgte, schlug in das Dach der daneben liegenden Moschee und schmolz die Kleiausgießungen der Dachziegel. Die Folge war, daß die Moscheekuppel einstürzte und viele zahlreiche Gläubige unter sich begrub. Drei Tote und viele Schwerverwundete wurden aus den Trümmern herausgeholt.

Schiffahrt.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie (Austral- und Kosmos-Linien).

Nach Ostafien (Gemeinschaftsdienst Hapag/Vlod): M. S. „Soale“ 20. 8. M. S. „Kulmerland“ 27. 8. M. S. „Julda“ 3. 9. M. S. „Kamies“ 10. 9.
Nach Niederländisch-Indien (Gemeinschaftsdienst der Deutsch-Australischen Dampfschiffs-Gesellschaft, AG., Hamburg, und der N. V. Niederländische Stoomvaart Maatschappij „Deccaan“): D. „Reumar“ 27. 8. Dampfer „Melampus“ 17. 9.
Nach Australien (Gemeinschaftsdienst der Deutsch-Australischen Dampfschiffs-Gesellschaft, Hamburg, des Norddeutschen Lloyd, Bremen, und der Reederei Alfred Holt u. Co., Liverpool): D. „Leuna“ 31. 8. Ein Dampfer 10. 9.
Hamburg-London-Linie: Wöchentlich drei Abfahrten.



Königswusterhausen wird Reichssender.

Das Sendehaus der Funkstation Königswusterhausen, die nach den Organisationsplänen des neuen Rundfunkkommissars Dr. Scholz zum Reichssender umgestaltet werden soll. Dieser Reichssender hat vor allem die Aufgabe, die kulturpolitischen Ziele der Reichsregierung zu fördern.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Weltproduktion. — Der Außenhandel Deutschlands, Frankreichs und Englands. — Frankreichs Handelspolitik. — Das russische Problem. — Englands Triumph.

Die Weltkrise äußert sich vor allem in dem andauernden Produktionsrückgang. Am schärfsten ist derselbe naturgemäß in der Erzeugung neuer Produktionsmittel. So ist die Herstellung von Maschinen in den letzten Jahren etwa auf die Hälfte gefallen. Der Bau neuer Schiffe macht sogar nur kaum 10 Prozent der Produktionsziffern vor der Krise aus. Bei den ausgesprochenen Konsumgütern, Bekleidung und Nahrungsmitteln, ist der Rückgang am geringsten, macht allerdings bei Bekleidung immerhin etwa 15 Prozent aus, so daß also die Textilproduktion ungefähr 85 Prozent der Produktionszahlen von 1928 behaupten konnte. Von dieser internationalen Entwicklung werden alle Länder betroffen. Eine Ausnahme machte bisher nur Rußland, das infolge seiner Wirtschaftspolitik den Ausbau der Produktionsmittelindustrie forcierte, und zwar auf Kosten der Lebenshaltung seiner Bevölkerung. Aber auch in Rußland scheint jetzt die industrielle Produktion Schwierigkeiten zu begegnen, die in erster Linie auf den Mängeln der technischen Leitung und des unrationellen kommunikativen Wirtschaftssystems überhaupt beruhen dürften. Wie sich der Produktionsrückgang der Welt auswirkt, das zeigt sich recht instruktiv an folgenden Beispielen. Nimmt man die industrielle Weltproduktion in einem Monat für 1928 mit 100 an, so fiel dieselbe im Januar dieses Jahres auf 76 und im Juni weiter auf 67. Seit ihrem Höchststand, Mitte 1929, ist die industrielle Weltproduktion um rund 40 Prozent gesunken. Dieser Produktionsausfall entspricht der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Jahre 1928. Von diesem 40prozentigen Rückgang entfiel die Hälfte auf die Zeit bis zum Sommer 1931. Seit dem Juli vorigen Jahres hat die industrielle Weltproduktion also nochmals 20 Prozent der Produktionsziffern von Mitte 1929 abgenommen. Dieser Ausfall entspricht der industriellen Produktion Deutschlands und Frankreichs (zusammen) im Jahre 1928. In den Jahren 1928/29 war die Produktion höher als vor dem Kriege. Es interessiert daher auch noch ein Vergleich der Vorkriegszahlen mit den heutigen.

Gegen das Jahr 1913 ist die industrielle Weltproduktion um 10 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig ist aber die Bevölkerung der Welt um über 10 Prozent gestiegen. Es ergibt sich also seit 1913 eine Abnahme der industriellen Weltproduktion pro Kopf der Bevölkerung um über 20 Prozent.

Der Rückgang der industriellen Produktion ist nur eine Folge der gesunkenen Absatzmöglichkeiten. Diese sind also als Primäre. Die verschlechterten Absatz- und Handelsverhältnisse bewirkten einen steigenden Kampf um den Kunden. Für zusammengeschrunkenen Inlandsabsatz wollte man Ersatz in einem Ausbau des Außenhandels suchen. Aber Hindernisse mannigfacher Art wurden aufgeworfen, um die nationalen Produktionen zu schützen und der Einfuhr Schwierigkeiten zu machen. Daß diese Handelspolitik wirtschaftlich meilen, ein Verhängnis ist, unterliegt keinem Zweifel. Aber man muß sie zur Zeit noch als gegeben hinnehmen. Der deutsche Außenhandel, der im vorigen Jahre 3 Milliarden RM Devisen als Überschuss erzielt hatte, muß in 1932 von Monat zu Monat mehr Einschränkungen feststellen. Aber es ergibt sich für das 1. Halbjahr 1932 immer noch ein Ausfuhrüberschuss von 602 Millionen RM, wozu im Juli ein weiterer Ausfuhrüberschuss von 66 Millionen RM trat. Frankreich hatte in demselben Zeitraum (Januar/Juni) einen Einfuhrüberschuss von 914 Millionen RM und England hatte noch im Juli einen Einfuhrüberschuss von 340 Millionen RM! Überall aber zeigt sich dasselbe Bild der Schrumpfung. Die Entwertung des englischen Pfundes um 1/4 des ehemaligen Kurses konnte nicht verhindern, daß England im Außenhandel ebenfalls mit rückgängigen Zahlen rechnen muß.

Das lange von den schlimmsten Auswirkungen der Weltkrise verschont Frankreich mußte im 1. Halbjahr 1932 gegen dieselbe Zeit des Vorjahres seine Einfuhr um 2,6 Milliarden RM (1) einschränken, wovon über 1,3 Milliarden RM, also mehr als die Hälfte, auf die französischen Kolonien entfielen.

Berücksichtigt man diese Entwicklungen des internationalen Außenhandels im Tiefpunkt der Weltkrise, so wird das Zahlenbild der deutschen Statistik freundlich.

Deutschland konnte immerhin das prozentuale Verhältnis behaupten. Im 1. Halbjahr 1932 ermäßigte sich die deutsche Ausfuhr zwar von 4,77 Milliarden RM (im 1. Halbjahr 1931) um 1,78 Milliarden RM oder um 37 Prozent, aber in derselben Zeit wurde auch die Einfuhr von 3,8 Milliarden RM um 1,42 Milliarden RM oder ebenfalls 37 Prozent vermindert.

Das Verhältnis ist wenigstens erhalten worden, wenn natürlich durch den prozentualen Rückgang der Ein- und Ausfuhr der absolute Ausfuhrüberschuss rückgängige Tendenz zeigen muß.

In der Handelspolitik, die zu den steigenden Erschwerungen des internationalen Warenaustausches führte, hat Frankreich eine ganz besondere Rolle gespielt. Ausgehend von den Forderungen der französischen Landwirtschaft, denen sich bald die Wünsche der französischen Industrie angeschlossen, hatte Frankreich vor ungefähr einem Jahre die Kontingentierungen aufgebracht und im Laufe der Zeit immer mehr ausgebaut. Durch diese Kontingente wurde den ausländischen Exporteuren, die Waren nach Frankreich liefern wollten, das Höchstmögliche genau vorgeschrieben. Es gibt heute fast keine Ware mehr, von der Maschine bis zum kleinsten Handtäschchen, wo nicht ganz genau festgelegt ist, wieviel davon nach Frankreich eingeführt werden darf. Diese Kontingente schienen das beste Mittel zu sein, um die Einfuhr zu regulieren. Aber bald zeigten sich auch die Schattenseiten. Die Länder und Industrien, die den Schaden von dieser Kontingentierung hatten, griffen zu Gegenmaßnahmen. Heute hört man, daß die Befürworter der französischen Kontingentierungspolitik bereits anfangen, den Fehler dieser Handelserschwerungen einzusehen.

Besonders die französische Fremden- und Luxusindustrie hat unter den Gegenmaßnahmen der Welt gegen die französische Kontingentierungspolitik zu leiden. Darum fordert man jetzt in Frankreich Aufhebung der Kontingente.

Aber eine derartige Maßnahme kann nicht von heute auf morgen erfolgen, da zahlreiche französische Industrien sich auf die Tatsache der Einfuhrkontingentierung eingestellt haben, die ihnen zur Zeit unerwünschte Konkurrenz fernhält. So wird wahrscheinlich alles beim alten bleiben. Genau, wie in den Wirtschaftsbeziehungen der Welt keine Änderung ein-

tritt, trotzdem man längst und überall die aufgetretenen Fehler der Wirtschaftspolitik erkannt hat. Genau, wie in der Innenpolitik den Handels- und Wirtschaftsministerien der Mut zu wirklich durchgreifenden Schritten fehlt. So ist es nur ein Wunsch, daß Frankreich seine führende Stellung in Europa beibehalten möge, um tatsächlich europäische Politik zu treiben. An eine Weltpolitik ist ja heute, wenigstens was den Handel betrifft, garnicht zu denken. Es müßte den Völkern noch viel schlechter gehen, ehe sie sich zu gemeinsamem Vorgehen entschließen würden.

Unter dem „russischen Problem“ soll das aktuellste verstanden sein. Das ist die Frage, ob die Russen ihre Wechsel bezahlen werden. Die Geschäfte mit Rußland sind eigenartigerweise in der deutschen Öffentlichkeit kaum diskutiert worden. Rußland hat in den letzten Jahren in steigendem Maße gegen Wechsel gekauft. Diese Wechsel sind, soweit sie fällig waren, bisher eingelöst worden.

Inzwischen haben die umlaufenden Russenwechsel aber einen sehr hohen Betrag erreicht. Man schätzt sie auf insgesamt über 1,5 Milliarden RM, wovon etwa 1,2 Milliarden RM im Laufe der beiden nächsten Quartale fällig sein dürften.

Wenn Rußland die Wechsel bezahlen will, so ist es ohne weiteres dazu in der Lage, denn allein der russische Goldbestand wird auf ungefähr 1,8 Milliarden RM angenommen. Wahrscheinlich wird aber die russische Regierung den Wunsch haben, ihre Wechselverbindlichkeiten durch Warenlieferungen — Getreide, Holz, Erze, Erdöl usw. — abzudecken. Diese Waren kosten die Russen ja nichts, da das kommunistische System Produktionskosten nicht in Rechnung zu setzen braucht. Und die russischen Absichten, mit ihren Waren die Weltmärkte durch Preisunterbietungen zu überrennen und auf diese Weise die Weltwirtschaftskrise zu verstärken, die Weltrevolution vorzubereiten, sind in den letzten Monaten stark behindert worden. Das ist das einzige Gute, daß wir gegenwärtig in der Welt eine ungebundene freie Wirtschaft nicht mehr kennen, denn dadurch werden die russischen Preisunterbietungen unwirksam gemacht.

Man kann in der Welt eine steigende Annahmeverweigerung für russische Produkte feststellen. Wie weit diese geht, lehnen die Schätzungen der russischen Außenhandelsbilanz, die im ersten Halbjahr 1932 mit etwa 100 bis 150 Millionen RM passiv sein soll.

Die russische Regierung hat bezeichnender Weise Zahlen für den 30. Juni noch nicht veröffentlicht. Wenn diese Annahmeverweigerung russischer Erzeugnisse anhält oder gar noch steigen wird, dann würden die unsagbaren Opfer der russischen Bevölkerung, die unter den größten Entbehrungen in der Konsumtion — sei es Nahrung und Bekleidung oder Wohnung — eine gewaltige Kapitalbildung vorzunehmen

gezwungen worden ist, ganz umsonst sein. Diese Kapitalbildung durch Ausbau aller Produktionsmittel auf Kosten der Lebenshaltung ist doch der Sinn der russischen Wirtschaftspolitik. Dabei muß allerdings immer berücksichtigt werden, worauf schon verschiedentlich an dieser Stelle hingewiesen wurde, daß die russische Produktionsmittelvermehrung zu einem empfindlichen Prozentjah nur auf dem Papier steht, weil Rußland die gesuchte Arbeiterkraft fehlt und das kommunistische System überhaupt der Qualitätsarbeit ungünstig ist, da es nur darauf ankommt, Produktionsziffern zu erzielen, worunter die Qualität stets leiden muß. Aber davon ganz abgesehen, was nützen Werte und Maschinen, wenn sie nicht Verwendung finden können.

Englands Triumph ist nicht die Wirtschaftskonferenz von Ottawa, wenn er auch von da aus verhandelt wurde. Von dem tagelichen Tagungsort aus hat der englische Schatzkanzler Chamberlain eine Botschaft an das englische Volk gerichtet, wonach das Ergebnis der Kriegsanleihekonvertierung ein glänzender Erfolg sei, der in vollem Maße das Vertrauen rechtfertige, das er in den gesunden Menschenverstand und die Vaterlandsliebe des englischen Volkes gesetzt habe. Ein wichtiger großer Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens und der Wohlfahrt sei damit getan worden. Sein so überraschender Erfolg werde die ganze Welt mit neuer Hoffnung erfüllen. England kann in der Tat stolz sein auf das bewundernswerte Ergebnis seiner Kriegsanleihekonvertierung. Von einem umlaufenden Betrage von fast 2,1 Milliarden englischen Pfund oder zum heutigen Wechselkurs 31,3 Milliarden RM bisher 50 Prozent. Kriegsanleihe fand auf die ergangene Aufforderung hin 90 Prozent in die neue 3½ Prozent Anleihe umgewandelt worden. Nur 2½ Prozent der Kriegsanleihebesitzer haben von dem Recht Gebrauch gemacht, ihre 720 Millionen RM in bar auszubezahlen zu erhalten. Die restlichen 7½ Prozent, die sich nicht gemeldet haben — weder der Konvertierung zustimmend wie die 90 Prozent, noch bare Rückzahlung fordernd wie die 2½ Prozent — werden ebenfalls von der Konvertierung betroffen. Der englische Staat wird also nach der Rückzahlung von 270 Millionen RM, die ihm nicht schwer fällt, noch etwa 30,6 Milliarden RM Kriegsanleiheverschuldung haben, die statt bisher mit 5 Prozent nur noch mit 3½ Prozent zu verzinsen ist.

Waren bisher jährlich auf die englische Kriegsanleihe 1,57 Milliarden RM Zinsen zu bezahlen, so sind jetzt jährlich nur noch 1,07 Milliarden RM Zinsen aufzubringen. Nach der kleinen Teilrückzahlung spart der englische Staat demnach jährlich 500 Millionen RM oder 1/4 Milliarde RM an Zinsen!

Der Vorgang zeigt, daß eine freiwillige, an die wirtschaftliche Einsicht der Gläubiger appellierende Konvertierung denselben Erfolg haben kann wie eine zwangsweise Zinsfußherabsetzung. Die freiwillige Aktion hat aber den ungeheueren Vorprung vor dem Zwang, daß das Odium einer einseitigen Maßnahme wegfällt. Der Gläubiger fühlt sich nicht benachteiligt und als vollberechtigter Verhandlungspartner.

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Verstärkte Kaufstimmung.

Endlich hat sich das richtige „Kochwetter“ eingestellt. Hält diese Bitterung weiter an, dann wird der Rückgang, in dem sich die Trauben seit der verzögerten Blüte befinden, bald aufgeholt sein. Die anfangs sehr guten Herbstausichten haben sich in der Folgezeit immer mehr verringert und heute ist es wohl so, daß im Durchschnitt aller Gebiete mit einem halben Herbst vorlieb genommen werden muß.

Das Weingeschäft zeigt sich in Auswirkung dieser verschlechterten Herbstausichten sehr angetrieben. Es herrscht bei den Interessenten eine verstärkte Kaufstimmung, bei den Erzeugern aber keine besondere Abgabebereitschaft. Allgemein sind die Preise fest, teilweise zeigen sie eine leicht steigende Tendenz. Bei einer rheinpfälzischen Naturweinverkostung der Weingüter Friedrich Rupprecht und Karl Rupprecht zu Kaltschlag konnten sich die Eigner in vielen Fällen nicht entschließen, zu den gemachten Geboten den Zuschlag zu geben. Bezahlt wurden für die 1000 Liter 1928 590 und 600 Mark, 1930er 600—720 Mark, 1931er 540—1260 Mark. Im freien Handel betragen die Bewertungen an der Oberhaardt für die 1000 Liter 1931er Reifweine 320—370 Mark. Nach dem Vorbild anderer Städte, wie Cannstatt, Freiburg, Offenburg beabsichtigt die Stadt Dürkheim, einen Weinmarkt für die Mittelhaardt einzurichten, der jährlich zweimal, im März und September, stattfinden soll. Er hat den Zweck, den Weinabsatz zu fördern. Zugelassen sind alle Erzeuger der Mittelhaardt.

In Rheinhessen ist wie immer eine gute Nachfrage festzustellen. Bei Verkäufen wurden für die 1200 Liter 1931er 380—700 Mark je nach Lage erzielt. An der Nahe kommt es nur zu vereinzelten Umsätzen im unteren Gebiet und im Guldenbachthal. 1931er erlangen 350—440 Mark je Stück. Am Mittelrhein stellte sich das Fuder (1000 Liter) 1931er in der Gegend von Bacharach und Oberwesel auf 380—470 Mark, 1930er auf 480—630 Mark. Die Rheingauer Weindörfer sind ganz fest. Einzelne Halbfüder 1931er finden zu 240—450 Mark. Abnehmer, aber im übrigen bleibt nur der Weg des Abjages über die Straußwirtschaften offen.

An der Mosel ist eine anhaltende Nachfrage zu verzeichnen. Im mittleren Gebiet werden für verbesserte 1931er von 400 Mark an aufwärts angelegt. In Baden und Württemberg liegt das Geschäft ruhig. Wohl besteht für badische Gewächse allenthalben gute Nachfrage, aber die Abgabebereitschaft der Winzer ist nicht groß. In Franken sind die 1931er Weinpreise im Steigen begriffen. Kleine Gewächse kosteten zuletzt 35—40 Mark, mittlere und bessere Sachen 42—50 Mark und mehr die 100 Liter.

Steuerfreie Reichsbahnleihe 1931.

Vorläufiges Zeichnungsergebnis: 260 Mill. M.

Nachdem am 15. August die Zeichnungsfrist auf die 4½prozentige steuerfreie Reichsbahnleihe 1931 endgültig abgelaufen war, ist nunmehr mit der Zusammenstellung des Endergebnisses begonnen worden. Nach den vorliegenden Berechnungen sind über 260 Mill. M. gezeichnet worden, jedoch kann dieses Ergebnis nur als vorläufiges bezeichnet werden, da von einer Reihe von Zeichnungsteilnehmern die abschließenden Ziffern noch nicht übermittelt wurden. Das endgültige Zeichnungsergebnis dürfte in Kürze mitgeteilt werden. Die erhoffte 250-Millionen-Grenze ist also nicht nur erreicht, sondern erheblich überschritten worden.

Produktionsrückgang in der Lederindustrie.

Die Zahl der Beschäftigten gegen 1928 um ein Fünftel verringert.

Die Produktion der deutschen Lederindustrie ist laut „Wirtschaft und Statistik“ in dem Krisenjahr 1931 weiter gesunken. Sie war mit 103,8 Mill. Kilogramm mengenmäßig um 7 Proz. niedriger als 1930 und um 11 Proz. geringer als 1929. Wertmäßig war die Produktionsrückgang erheblich größer; der Wert der Erzeugung verminderte sich gegen die beiden Vorjahre um 26 bzw. 36 Proz. auf 508,8 Mill. M. Der Absatzrückgang erstreckte sich sowohl auf das Inland als auch auf das Ausland. Die Zahl der tätigen Betriebe hat sich 1931 weiter um 63 verringert. Sie betrug 952 gegen 1215 im Jahre 1928. In den Betrieben waren durchschnittlich 33 152 berufsgenossenschaftlich verpflichtete Personen tätig, an die 71,3 Mill. M. Löhne und Gehälter gezahlt wurden. Die Zahl der beschäftigten Personen hat sich seit 1928 um mehr als ein Fünftel verringert. Im Verbrauch an Häuten und Fellen sind bemerkenswerte Veränderungen nicht zu verzeichnen. Es wurden 33 (34) Mill. Kilogramm trockene und trockene gefälschte, sowie 192 (212) Mill. Kilogramm grüne und nach gefälschte Häute verarbeitet. Der Wert der verbrauchten Häute und Felle belief sich auf 272 (368) Mill. M. An vorgegerbten Schaf-, Ziegen-, Lamm- und Fellefellen wurden 1,9 (1,2) Mill. Kilogramm im Wert von 5,5 (9,5) Mill. M. verarbeitet. Der Wert der verbrauchten Gerb- und Hilfsstoffe betrug 55 (66) Mill. M. Bei dem Unterleder war der Rückgang der Produktion (57 119 Tonnen im Werte von 170,8 Mill. M.) — besonders gegen 1929 — mengenmäßig geringer als im Durchschnitt. Er betrug gegenüber den beiden Vorjahren nur rund 4 Prozent, während die Produktion der übrigen Lederarten im Durchschnitt um 10 Prozent gegen das Vorjahr und um 20 Prozent gegen 1929 zurückblieb. Besonders groß ist die Produktionsverminderung bei dem technischen Leder mit 29 Prozent seit dem Vorjahr und 46 Proz. seit 1928. Auch wertmäßig war die Produktionsverminderung gegen das Vorjahr mit je 38 Proz. bei Lackleder und technischem Leder am größten. Bei dem dem Produktionswert nach bedeutendsten Gruppen, dem Oberleder (17 728 Kilogramm im Werte von 189,9 Mill. M.) und Unterleder, betrug der wertmäßige Produktionsrückgang 25 bzw. 19 Proz. Im Durchschnitt aller übrigen Leder machte er 25 Proz. aus. Von dem Abgang der Lederfabriken gingen für 372 Mill. M. in das Inland und für 143 Mill. M. in das Ausland, das sind 72,2 bzw. 27,8 Proz. des Gesamtabsatzes, gegen 71,5 bzw. 28,5 Proz. im Vorjahr. Mit Einschluß der indirekten Ausfuhr durch den Handel ergibt sich ein Gesamtanfuhrwert von 179 Mill. M. und somit ebenso wie im Vorjahr insgesamt eine Exportquote von rund 35 Proz.

* Ludwig Ganz AG. i. V. Mainz. Der Generalversammlung am 5. September wird die Bilanz des ersten Liquidationsjahres vorgelegt werden. Auf der Tagesordnung steht ferner der Verkauf des Geschäftes mit Firma oder einer Abteilung desselben.

* AG. für Schriftgießerei und Maschinenbau, Offenbach am Main. Diese Tochtergesellschaft der Berthold-Neßing-Union-Fabrik AG. Berlin, weilt 1931 eine Verlustrechnung auf 246 000 (110 000) Mark bei 500 000 Mark Aktienkapital aus. Die Generalversammlung am 20. August soll beauftragt werden die Auflösung der Gesellschaft beschließen.

